

## Reden der Fraktionen zur Verabschiedung des Haushalts 2021

### CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Kämmerer,  
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete,  
liebe Mitglieder der Verwaltung und des Personalrates,  
sehr geehrte Medienvertreterinnen und -vertreter,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

**„Same Procedere as every year“**, gilt in diesem Jahr ganz bestimmt nicht!

Zum einen ist dies die erste Haushaltsplanberatung mit dem neu gewählten Rat und vielen neuen und jungen Ratsmitgliedern! Allein in unserer Fraktion mit 22 Mitgliedern nehmen 3 Frauen und 8 Männer - und damit die Hälfte der Fraktion - erstmals an dieser Debatte teil. Der größte Teil davon ist jünger als 40 Jahre.

Wir freuen uns mit der neu aufgestellten CDU-Fraktion und dem neuen Rat auf eine konstruktive Gestaltungspolitik in den nächsten fünf Jahren und bieten Ihnen allen hierzu noch einmal unsere faire Zusammenarbeit an.

Im Jahr 1994 befand sich unsere Stadt erstmals in der Haushaltssicherung – viele von uns besuchten da gerade mal die Grundschule, ich sogar erst den Kindergarten. Mit unseren Kandidaturen im vergangenen Jahr tat sich zugleich erstmals wieder die realistische Perspektive eines ausgeglichenen Haushaltes auf. Ziel gerade von uns Jungen, aber grundsätzlich unserer gesamten Fraktion, ist genau diese nachhaltige Finanzpolitik für unsere Stadt. Damit die Kinder, die aktuell in den Kindergärten und Grundschulen unserer Stadt sind in 25 Jahren sagen können, diese Stadt hat sich toll entwickelt und ist lebenswert – und dies ist ohne neue Schulden gelungen.

Gar nicht den Jahren und Jahrzehnten zuvor entsprechend ist, dass wir uns seit mehr als 12 Monaten in einer Pandemie befinden. Sie verlangt jedem von uns persönlich viel ab: Veränderungen in unserem beruflichen und persönlichen Alltag, tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, Abstände halten, jegliche Aktivität exakt planen, wenn sie denn überhaupt möglich ist.

Und diese Pandemie hat zwangsläufig Auswirkungen auf unsere Politik, unsere Entscheidungen und auf die finanzielle Entwicklung unserer Stadt. Dabei sehen wir auch, dass sich Sachen entwickeln, die wir so vorher nicht erwartet hätten:

Bereits vor der Pandemie haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadtverwaltung auf den Weg gemacht, die Verwaltungsarbeit zu modernisieren und zu digitalisieren, Modellprojekte zum mobilen Arbeiten wurden angestoßen, Arbeitsprozesse überprüft und optimiert. Und dann kamen Lock-Down, Heimarbeit, reduzierter Rathausbetrieb. Von den rund 800 Bildschirmarbeitsplätzen in den Rathäusern Siegen, Weidenau und Geisweid sind 400 so mit digitalen Endgeräten ausgestattet, das Heimarbeit möglich ist. Inzwischen fahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Modell, in dem sie circa die Hälfte ihrer Arbeitszeit von Zuhause verrichten, um die Kontakte innerhalb der Abteilungen drastisch zu reduzieren. Eine zeitgemäße Umstrukturierung zum Wohle und

Schutze der Bürgerinnen und Bürger unserer Universitätsstadt. Darüber hinaus ein unglaublich hohes Tempo bei der Umsetzung! Ein toller Einsatz für eine bürgerfreundliche und serviceorientierte Erbringung der städtischen Dienstleistungen. Den Dank für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, üblicherweise am Ende der Haushaltsreden, setze ich daher diesmal bewusst hier! Hervorragend, was von Ihnen in der Verwaltung und in den vielen Arbeitsbereichen geleistet wird!

Aber die Digitalisierung umfasst natürlich mehr!

Die Befragung zur Thematik Smart City zu Beginn dieses Jahres hat gezeigt, dass auch die Bürgerinnen und Bürger ein hohes Interesse an dieser Entwicklung haben. Gerade „Mobilität“, „Freizeit“ und „Infrastruktur“ wurden als Themenfelder bezeichnet, in denen sie großen Handlungsbedarf sehen. Themenfelder also, die insgesamt in der Entwicklung unserer Stadt eine große Rolle spielen.

Genau dort setzt unser städtisches Serviceportal an: Neben klassischen Servicethemen wie Anwohnerparken und Ummeldungen bietet das Portal Hinweise zu öffentlichen Radwegen im „SiRad Melder“ und die Möglichkeit, schon jetzt mit dem Handy das Parken unkompliziert und kontaktlos zu bezahlen.

Jetzt gilt es für uns alle das Tempo beizubehalten und auch die Dinge, die positiv in der Pandemie vorangetragen wurden, fortzusetzen. Wir als CDU-Fraktion wollen alle Prozesse unterstützen die dazu beitragen: Wie die Einsetzung des Digitalisierungsbeauftragten, der seit September 2019 im Einsatz ist und die Smart-City-Strategie der Stadtverwaltung forciert. Wir sind froh darüber, dass ein interkommunaler Antrag auf Anerkennung als Smart City Modellregion fristgerecht in Berlin beim Bundesbauministerium eingereicht wurde. Ebenso ist es unser Wunsch, weiterhin weitsichtig mit dem Thema IT in der Verwaltung umzugehen. Wir begrüßen daher die im Stellenplan neu und zusätzlich vorgesehenen IT-Koordinatoren in den fünf Geschäftsbereichen.

Noch in einem weiteren Bereich hat die Digitalisierung unglaublich an Fahrt aufgenommen. Im Bereich der Schule und der Bildung - hier konnten wir als Stadt Siegen ebenfalls von den Sofortprogrammen profitieren. So wurden sowohl Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrkräfte mit Endgeräten ausgestattet.

Das bedeutet gleichzeitig, dass ein Umdenken und die Weiterentwicklung des Lernens und Vermittelns stattfinden. Hier werden von allen Beteiligten in den Schulen Flexibilität und Lernbereitschaft erforderlich sein.

Für jeden Einzelnen sind die Auswirkungen der Pandemie anders zu spüren! Besonders deutlich spürt dies die Kunst- und Kulturszene in unserer Stadt. Mehrfach ist die CDU-Fraktion darauf angesprochen worden. Deshalb ist es unser Anliegen mit neuen Konzepten die Szene zu unterstützen. Wir alle wissen: Es finden keine Ausstellungen in unseren vielseitigen und tollen Museen statt (und wenn, dann nur unter hohen Auflagen) und keine Konzerte. Die von vielen Bürgerinnen und Bürgern gut angenommenen Feste in den Stadtteilen können ebenfalls nicht stattfinden. Somit stellen wir wiederholt fest, dass die Kunst- und Kulturlandschaft nicht nur einen bildungspolitischen Wert hat, sondern auch Gelegenheiten zur Begegnung gibt. Daher wollen wir als CDU-Fraktion mit unserem Kooperationspartner so viel wie möglich daran setzen, die Bedeutung von Kunst und Kultur

für unsere Stadtgesellschaft zu untermauern. Dies bringen wir mit unseren gemeinsamen Anträgen zum Haushalt zum Ausdruck:

- Einrichtung einer Kulturmarkthalle
- Zeitgemäße Förderkriterien
- Weitere Zuschüsse für unsere Stadtmarketinggesellschaft

Auch weiterhin unsere Unterstützung erfährt die Erweiterung des Siegerlandmuseums im ehemaligen Bunker in der Burgstraße.

Der gefühlte Rückgang der Schnellebigkeit durch die Einschränkungen, die die Pandemie mit sich bringt, ist auch durch ein vermindertes Verkehrsaufkommen zu bemerken. Es wird bewusster geschaut und überlegt, welche Wege „gegangen“ werden müssen und wie man seinen Alltag z.B. im Hinblick auf Einkäufe und Erledigungen optimiert. Ebenso ist zu verzeichnen, dass deutlich mehr auf das Fahrrad umgestiegen wird und kurze Wege nicht mehr mit dem Auto zurückgelegt werden. Das Fahrrad hat deutlich an Akzeptanz gewonnen, nicht nur Fortbewegungsmittel in der Freizeit, sondern auch im Alltagsradverkehr. Das verminderte Verkehrsaufkommen bedeutet weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen für uns und unsere Kinder. Neben der Vermeidung von Schulden gehört es für uns als Christdemokraten dazu, auch an diesen weiteren nachhaltigen und zukunftsorientierten Aufgaben zu arbeiten. Deswegen sehen wir uns in der Pflicht, den Ausbau des Radwegenetzes voranzutreiben.

Aber auch in dem Jahr der Pandemie hat sich unsere Stadt an ganz vielen Stellen so weiter entwickelt, wie wir es als CDU-Fraktion uns wünschen, wie es der Rat – oftmals auf unsere Initiative und mit unseren Stimmen - entschieden hat und wir unser aller Leben in unserer Heimatstadt lebenswerter gestalten.

Beispiele:

Unsere Sportstätten - Die Sanierungen der Rundturnhalle „Auf der Morgenröthe“, des Hofbachstadions und ebenso in diesem Jahr des Sportplatzes in Trupbach schreiten voran und stehen vor dem Abschluss.

Von besonderer Bedeutung für alle schwimmbegeisterten Siegerinnen und Sieger ist die Sanierung und Erweiterung des Hallenbades in Weidenau!

Dies wird und ist eine der größten Investitionen in den kommenden Jahren, die uns allen am Herzen liegt, um nicht nur das Schulschwimmen sicher zu stellen, sondern für die vielen Vereins- und Freizeitsportlerinnen und Sportler eine zeitgemäße Sportstätte vorzuhalten.

Wie wichtig die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt unter freiem Himmel ist, zeigt sich nicht erst in Zeiten der Pandemie. Eines der Vorzeigeprojekte städtebaulicher Art nach „Siegen zu neuen Ufern“ ist der Umbau des Schlossparks. Hier ergeben sich tolle neue Möglichkeiten für Jung und Alt, ihre freie Zeit zu verbringen. Nicht zu vergessen auch die Umgestaltung des Herrengarten-Areals, die uns ein weiteres Stück „Grün“ und somit Platz zur Erholung mitten in die Stadt bringen wird. Dabei sind wir dankbar für die von der Verwaltung akquirierten Fördermittel aus den „Töpfen“ des Landes Nordrhein-Westfalens. Dies alles wird begleitet von unserem Ziel, die Universität mit großen Teilen in die Stadt zu holen. Die Studierenden werden - wie alle Bürgerinnen und Bürger - die gewonnene Qualität unserer Plätze, Parks und Einkaufsstraßen schätzen und nutzen. Zugleich holen wir neues und junges Leben in unser Zentrum.

In den Stadtteilen und Wohnquartieren sind die Spiel- und Bolzplätze Orte des Aufenthaltes und des Treffpunktes für Kinder, Jugendliche und deren Familien. Diese nicht nur attraktiv zu erhalten, sondern zum Teil auch zu Mehrgenerationenplätzen auszubauen ist unser Wunsch.

Die seit vielen Jahren von uns priorisierte Familienfreundlichkeit der Stadt Siegen wurde durch den laufenden Ausbau der Kindertagesbetreuung fortgesetzt. So wird es auch in der neuen Einrichtung am Giersberg mit dem schönen Namen „Apfelkern“ und im zweiten Waldkindergarten in der Heinbach die für Siegen typisch günstige und qualitativ gute Betreuung geben. Die Planung und Umsetzung der weiteren neuen Einrichtungen wie „Am Kindergarten“ in Geisweid und am „Lohgraben“ wurden fortgesetzt.

Gerade in diesen Wochen hat unsere Jugendverwaltung mit einem ersten Brückenprojekt pragmatisch und kurzfristig die besonderen Bedarfe in Geisweid aufgegriffen: Dort gibt es erfreulich viele Kinder, zum Teil aber ohne Betreuungsplatz und vor allem mit fehlenden Deutsch-Sprachkenntnissen. Sie werden nun bis zum Schulstart in der ehemaligen Marienschule betreut.

Der Unterhaltungsstau in den städtischen Schulen, aufgebaut lange bevor die CDU und Bürgermeister Steffen Mues in Verantwortung kamen, wird kontinuierlich abgebaut. Wir haben die Förderprogramme wie „Gute Schule 2020“ und das Kommunalinvestitionsfördergesetz konsequent genutzt.

Lassen Sie mich zum Schluss auf unsere Ziele für das kommende Jahr, die Ratsperiode bis 2025 und damit die Zukunft unserer schönen Stadt kommen:

Wir sind mit dem Ziel, zusätzliche Wohnbaugebiete und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen angetreten. Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner verfolgen wir daher die Realisierung der Flächen für den Wohnungsbau auf dem Giersberg und auf dem Wellersberg. Damit wollen wir der erfreulichen Entwicklung Rechnung tragen, dass zum einen in Siegen lebende Menschen aber auch Zuziehende in der grünsten Großstadt Deutschlands mit all ihren Vorzügen leben und wohnen wollen. Neben neuen Wohnbaugebieten muss es auch für alle Menschen bezahlbaren Wohnraum geben. Mit den Vorgaben zur anteiligen Schaffung von gefördertem Wohnungsbau geben wir hier die Richtung vor.

Neben dem Wohnen ist das Arbeiten für die Menschen von existentieller Bedeutung. Unsere Stadt muss ein attraktiver Standort für Unternehmen sein. Hierzu benötigen wir – wie die in den zurückliegenden Jahren erschlossenen Gebiete zeigen – weitere Gewerbeflächen für neue und expandierende Unternehmen. Nur nebenbei bemerkt wirkt sich ein funktionierender Wirtschaftsstandort Siegen auf den für uns gerade zu beratenden Haushalt mit wertvollen Steuereinnahmen aus.

Mit dem Gewerbegebiet Martinshardt II setzen wir die Erschließung weiterer Gewerbeflächen konsequent fort und plädieren für die ressourceneffiziente Nutzung des Gebietes. Die Zeit, in der Gewerbegebiete grau und trist sind, ist vorbei; sie können wertvolle Bestandteile grüner Städte sein. Wir wollen daher die Chancen nutzen und nicht mit unerfüllbaren und unwirtschaftlichen Auflagen die vielen positiven Ideen und Ansätze ersticken.

Der Wirtschaftsstandort Siegen soll die Attraktivität der Stadt erhöhen; nicht nur für Unternehmen sondern auch für Fach- und Arbeitskräfte.

Mit meiner Kandidatur zur Stadtverordneten habe ich ein Ziel verfolgt: Ich möchte dazu beitragen diese Stadt voranzubringen und lebenswert zu gestalten. Jeder von uns bringt dafür seine Sichtweise ein. Lassen Sie uns gemeinsam konstruktiv und nachhaltig dafür sorgen, dass wir Alle diese Stadt lebens- und liebenswert machen. Lassen Sie uns Arbeitsprozesse der Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger steuern und nicht dauernd komplett in Frage stellen. Die Verwaltung ist unser Mitspieler, nicht unser Gegner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir möchten uns abschließend für Ihre Lesebereitschaft bedanken, auch dies ist anders als in den Jahren zuvor.

Weiter möchten wir uns bei Bürgermeister Steffen Mues und Stadtkämmerer Wolfgang Cavelius bedanken. Noch einmal bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit auch in den schwierigen Zeiten, die wir gemeinsam als Rat und Verwaltung durchgestanden haben und sicher noch etwas länger durchstehen müssen. Die fortwährende Bereitschaft von jedem Einzelnen Hilfe bereitzustellen ist immens.

Auch wenn meine Zeit als Stadtverordnete noch nicht lang ist, möchte ich mich im Namen der neuen CDU-Fraktion bei allen Damen und Herren des Rates für die bisherige Zusammenarbeit bedanken.

Lassen Sie uns gemeinsam weiterhin unsere lebenswerte Stadt gestalten.

Für die CDU-Fraktion  
Isabelle Eberling

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## **SPD-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren Ratsmitglieder,  
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit über einem Jahr hat die Corona-Pandemie das Leben der Menschen überall auf unserem Planeten verändert. Abstand halten, Maske tragen, Kontakte einschränken und regelmäßiges Händewaschen sind zum Alltag für uns alle geworden. Gastronomie, Handel, Kunst- und Kulturschaffende und viele andere Berufstätige müssen mit Umsatzeinbußen klar kommen, fürchten um ihren Job, ihre Firma, ihre wirtschaftliche Existenz. Hilfsprogramme von Bund und Land in Milliardenhöhe sind aufgelegt worden. **Jetzt müssen diese Hilfen nur noch schnell genug bei den Betroffenen ankommen, um das Schlimmste verhindern zu können!**

Unser Gesundheitssystem arbeitet hart am Limit. Mein Dank gilt den Ärztinnen und Ärzten, den Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger und allen, die im Hintergrund dafür sorgen, dass Infizierte behandelt, gepflegt und betreut werden. Sie leisten einen körperlich und psychisch sehr anstrengenden Dienst zum Wohle der Allgemeinheit. **Daher möchte ich Ihnen allen an dieser Stelle von Herzen „Danke“ sagen.**

Aber nicht alle Infizierten können geheilt werden. Viele haben einen geliebten Menschen an einer Erkrankung mit dem Corona-Virus verloren. **Ihnen allen gehört meine Anteilnahme.**

Einige von dem Virus Geheilte haben mit Nachwirkungen der Erkrankung zu kämpfen. **Ich kann nur hoffen, dass diese Nachwirkungen mit der Zeit zurückgehen oder behandelt werden können.**

Meine Damen und Herren,

neben all dem Leid ist aber auch Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Es ist in kürzester Zeit gelungen, mehrere hochwirksame Impfstoffe zu entwickeln. Forscherinnen und Forscher haben dafür weltweit zusammengearbeitet, Staaten haben Forschungsgelder in enormer Höhe zur Verfügung gestellt, Produktionskapazitäten wurden in Windeseile ausgebaut. **Auch wenn in der Impfkampagne nicht alles rund läuft, ist es doch eine herausragende Leistung, dies in kürzester Zeit geschafft zu haben, was unter normalen Umständen ansonsten Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte gedauert hätte.**

Ich gehe aktuell davon aus, dass wir bis zum Herbst in Deutschland alle Menschen gegen COVID-19 impfen können, die sich auch dagegen impfen lassen möchten. Und ich möchte nachdrücklich an alle appellieren: **Lassen Sie sich impfen! Lassen Sie sich impfen! Lassen Sie sich impfen!**

Dann können wir hoffentlich bald wieder unseren normalen Alltag zurückbekommen, unsere Freunde umarmen, ins Kino oder ins Theater gehen, zusammen in einem Biergarten sitzen und alles andere wieder tun, was wir so lange schon vermissen.

Die Corona-Pandemie hat natürlich auch Auswirkungen auf unseren städtischen Haushalt, meine Damen und Herren!

Unsere Steuereinnahmen gehen voraussichtlich allein in diesem Jahr um rund 15 Mio. € zurück. Davon fallen allein über 9 Mio. € bei der Gewerbesteuer weg. Unser Haushalt ist formal nur mit Hilfe eines „Buchungstricks“ genehmigungsfähig: der Corona-Schaden kann als fiktiver Ertrag verbucht werden. Er wird sich bis 2024 auf über 61 Mio. € kumulieren. Mit den über 10 Mio. € Corona-Schaden aus dem vergangenen Jahr wird die Corona-Krise – Stand heute – eine Liquiditätslücke in Höhe von insgesamt rund 72. Mio. € in die Kasse unserer Stadt reißen.

Ich sage es daher ganz klar in Richtung unserer Landesregierung: Buchungstricks helfen den Kommunen in unserem Land und auch der Universitätsstadt Siegen nicht wirklich weiter! **Wir benötigen konkrete Finanzhilfen, um die fehlende Liquidität aus den weggebrochenen Steuereinnahmen auszugleichen.**

Und darunter verstehe ich keine Kredite, die von den Kommunen wieder zurückgezahlt werden müssen, sondern direkte Finanzzuweisungen ohne Rückzahlungsverpflichtungen! Diesen Fehler sollte die Landesregierung nicht erneut machen. **Nur so können die Kommunen ihre geplanten Investitionen auch tatsächlich durchführen und dazu beitragen, dass die Corona-Pandemie nicht zu einem dauerhaften Wirtschaftsabschwung wird.**

**Um es ganz klar zu sagen: Wir brauchen keine Verschuldungshilfe.**

Rund 37,3 Mio. € stehen im diesjährigen städtischen Haushalt für Investitionen bereit. Hinzu kommen noch fast 21 Mio. € an Haushaltsresten aus dem Vorjahr. Somit unterstützt die Stadt Siegen mit geplanten 58 Mio. € für Investitionsmaßnahmen die lokale Wirtschaft in

diesem Jahr. **Und dafür wird Liquidität benötigt, meine Damen und Herren, ansonsten steigt die Verschuldung unserer Stadt immer weiter!**

Aber auch im Kleinen versucht die Stadt Siegen die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern:

- So haben wir die **Elternbeiträge** für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen und in offenen Ganztagsgrundschulen für die Monate erlassen, in denen aufgrund des Lockdowns keine Betreuung der Kinder möglich war. Die Kosten in Höhe von rund 140.000 € pro Monat tragen Stadt und Land jeweils zur Hälfte.
- Für die Lehrkräfte an unseren Schulen sowie den Schülerinnen und Schülern wurden und werden zahlreiche **Tablets und Laptops** angeschafft, damit der digitale Unterricht funktionieren kann.
- Auf die Erhebung von **Sondernutzungsgebühren** für Außengastronomie, Warenauslagen und Werbeaufsteller hat die Stadt Siegen im vergangenen Jahr verzichtet, um die Einzelhandelsunternehmen und Gastronomiebetriebe zu entlasten. Diese Entlastung soll in diesem Jahr ebenfalls erfolgen.
- Mit Hilfe der Einrichtung eines **Zentrenbudgets** in Höhe von 50.000 € sollen die Attraktivität und die Vitalität in den Geschäftszentren unserer Stadt gesteigert werden, die gerade durch die Corona-Pandemie und wegen des Herunterfahrens des Geschäftsbetriebs stark gelitten haben.
- Erstmals sollen die **Haushaltsreden** der Fraktionen in diesem Jahr nicht gehalten, sondern nur zu Protokoll gegeben werden, um die Sitzungszeit zu verkürzen und damit das Ansteckungsrisiko zu vermindern. Auch die Einbringungsreden des Bürgermeisters und des Kämmerers zum Haushalt 2021 hat es im Rat erst gar nicht gegeben. **Wir wollen als Rat Corona-konform mit gutem Beispiel vorangehen.**

Aber nicht alles in unserem städtischen Haushalt dreht sich um die Corona-Pandemie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nach wie vor müssen auch alle anderen Politikfelder bearbeitet werden. Vieles, was im Haushalt 2021 mit Geldbeträgen hinterlegt ist, gehört zu den Forderungen der SPD, die wir auch in unserem Wahlprogramm zum Ausdruck gebracht haben. Exemplarisch möchte ich nennen:

- Für die **Sanierung und Erweiterung des Hallenbades in Weidenau** stehen in diesem Jahr 800.000 € für die Planungskosten zur Verfügung. Insgesamt sind in den Folgejahren 19 Mio. € etatisiert. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, wie wichtig der SPD die rechtzeitige Fertigstellung des Hallenbades in Weidenau ist, bevor das Löhrtorhallenbad außer Betrieb genommen wird. Mein Eindruck ist, dass die Erreichung dieses Zieles sehr knapp werden könnte. Ich möchte daher die Verwaltung auffordern, hier deutlich schneller voran zu kommen und die Politik regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen zu unterrichten.
- Für **Straßendeckensanierungen**, bei denen keine Straßenausbaubeiträge für die Anlieger\*innen fällig werden, werden rund 1,7 Mio. € bereitgestellt. Alles in allem stehen rund 13,1 Mio. € für **Investitionen in den Verkehrsbereich** zur Verfügung, damit der Zustand unserer Straßen, Wege und Plätze verbessert wird.
- Für die **Sanierung unserer Schulgebäude** sind fast 2,3 Mio. € an Haushaltsmitteln vorgesehen. U.a. sollen die Toilettenanlagen in der Grundschule Eisern (130 T€), der Montessorischule (250 T€), der Glückaufschule (190 T€) und der Giersbergschule (95 T€) erneuert werden. Die SPD möchte nach wie vor, dass unsere Schulen als Lernorte gut ausgestattet sind, man sich in unseren Schulgebäuden gerne aufhält und dort eine ansprechende Lernatmosphäre herrscht. Dies geht nur, wenn auch stetig in unsere

Gebäudesubstanz und deren Ausstattung investiert wird. Wir sehen uns da aktuell auf einem guten Weg.

- Für **Glasfaseranschlüsse unserer Schulgebäude** und die **WLAN-Ausleuchtung innerhalb der Schulgebäude** werden inklusive der Mittel aus dem Digitalpakt knapp 2 Mio. € bereitgestellt. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig schnelles Internet für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler ist und in Zukunft weiter sein wird. Die Aufträge für die Anbindung all unserer Schulgebäude sind vergeben. Sie müssen jetzt nur noch abgearbeitet werden.
- Für die Entwicklung des **Gewerbegebietes Martinshardt II** sind 2,76 Mio. € in diesem Jahr vorgesehen. Es soll flächensparend und ressourcenschonend entwickelt werden mit hohen Standards für den Umwelt- und Klimaschutz. Die Gesamtkosten sind aktuell mit rund 18 Mio. € kalkuliert. Nur mit der Ausweisung weiterer Gewerbe- und Industrieflächen bieten wir Unternehmen die Möglichkeit, in unserer Stadt zu expandieren bzw. sich neu anzusiedeln und damit gute Arbeits- und Ausbildungsplätze hier vor Ort zu schaffen. Darum setzen wir uns auch weiterhin für die **Realisierung des geplanten Gewerbegebietes Oberschelden/Seelbach mit eigenem Autobahnanschluss** ein.
- Für den **Austausch alter Heizkessel** in städtischen Gebäuden wird ein Sonderprogramm in Höhe von jährlich 750.000 € für die nächsten 4 Jahre aufgelegt. So kann auf deutlich effizientere und nachhaltigere Heizsysteme umgestellt werden.
- Für **Klimaschutzmaßnahmen** stehen 300.000 € zur Verfügung, davon 100.000 € konsumtiv und 200.000 € investiv. Die Stadt Siegen kann damit konkret ihren Beitrag zum Klimaschutz vor Ort leisten und viele kleine Maßnahmen umsetzen. So war z. B. die Aktion „Blütenzauber“, mit der zahlreiche Flächen im öffentlichen und privaten Bereich mit insektenfreundlichen Blumen und Gräsern eingesät wurden, ein voller Erfolg, der fortgesetzt werden soll. Auch der Bau von Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden ist damit möglich.
- Für die **Umsetzung der Dorffinnenentwicklungskonzepte** in Seelbach und Trupbach werden weitere 50.000 € etatisiert. Der SPD ist es wichtig, dass auch die kleineren Dörfer und Stadtteile im Blick behalten werden, um auch dort das Ortsbild zu verschönern.

Gemeinsam mit der CDU, mit der wir seit der Kommunalwahl 2020 eine Kooperation vereinbart haben, hat die SPD noch einige Änderungsanträge zum von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplan- und Stellenplanentwurf gestellt, auf die ich an dieser Stelle noch näher eingehen möchte:

1. Mit unserem Beschlussvorschlag zur **konzeptionellen Zielsetzung zur Schaffung von zusätzlichem (gefördertem) Wohnraum** in unserer Stadt wollen wir der Verwaltung eine klare Zielvorgabe an die Hand geben, um dem Wohnungsmangel in unserer Stadt in den nächsten Jahren zu bekämpfen. Die Voraussetzungen für den Bau von mindestens 1.000 zusätzlichen Wohneinheiten sollen in den nächsten fünf Jahren durch Ausweisung neuer Wohnbaugebiete, Nachverdichtung, Vermarktung von Baulücken und anderer geeigneter Maßnahmen in unserer Stadt geschaffen werden. In neuen Wohnbaugebieten und auf städtischen Grundstücken, die für eine Mehrfamilienhausbebauung vermarktet werden, sollen mindestens 25 % der realisierten Bruttogeschossfläche für den **Bau von gefördertem Wohnraum** festgesetzt werden. So kann der Mangel an Sozialwohnungen behoben werden. Zusätzlich soll ein **Anreizsystem** geschaffen werden, mit dem weiterer



geförderter Wohnraum entstehen soll. Auch energiesparendes Bauen soll damit gefördert werden.

2. Wir als SPD möchten, dass mehr **Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen** bei der Universitätsstadt Siegen angeboten werden. Denn solche Menschen haben es schwer, außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen einen Arbeitsplatz zu finden. Wir wollen die Verwaltung daher mit der Prüfung beauftragen, wo bzw. in welchen Bereichen der Stadtverwaltung solche Außenarbeitsplätze angeboten werden könnten. Ein Umsetzungsvorschlag der Verwaltung soll rechtzeitig vor den Haushaltsplanberatungen 2022 vorgelegt werden.
3. In unserem Kooperationsvertrag mit der CDU haben wir vereinbart, eine **Kulturmarkthalle** in Siegen zu planen und haushaltsvertraglich umzusetzen. Das Konzept der Kultur-Markthalle verknüpft die klassische Idee der Markthalle, in der Frischwarenhändler, Restaurantbetriebe, Delikatessen-, Feinkost- und Street-Food-Läden ihre Speisen und Getränke anbieten, mit kultureller Unterhaltung. Die Idee ist, dass mehrere Markt-, Essens- und Getränkestände sich um einen zentralen Bereich mit vielen Sitzgelegenheiten gruppieren, in dem die Speisen der umliegenden Gastronomen verköstigt werden können. Die Sitzplätze sind keinem Gastronomiestand zugeordnet, sondern können frei gewählt werden. In der Mitte dieses "Verzehrereichs" befindet sich eine Veranstaltungsfläche, auf der Künstler\*innen auftreten können. Dort sind Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Poetry Slams, Kabarett, Kleinkunst etc. möglich. Nun spielt uns der Zufall in die Karten, da die Einzelhandelsflächen im KrönchenCenter von dem bisherigen Mieter gekündigt wurden. Wir wollen daher die Verwaltung in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern mit der Erstellung eines Konzeptes für eine solche Kulturmarkthalle in diesen leerstehenden Flächen beauftragen. Das KrönchenCenter ist aus unserer Sicht dafür prädestiniert, da in den oberen Etagen bereits kulturelle Einrichtungen der Stadt Siegen untergebracht sind, die Flächen im Erdgeschoss bislang für Einzelhandel genutzt wurden und im unmittelbaren Umfeld auf dem Marktplatz der Wochenmarkt stattfindet, so dass sich zahlreiche Synergien ergeben können. Mit der Kulturmarkthalle kann dieser Bereich der Oberstadt qualitativ aufgewertet und belebt, sowie Kaufkraft in die Oberstadt gezogen werden.
4. Eine **Überarbeitung des Zuschusswesens im Kulturbereich** unserer Stadt hat es seit langer Zeit nicht mehr gegeben. Seitdem haben sich aber nicht nur die Kosten permanent weiterentwickelt, sondern es sind viele neue Ideen, Gruppen oder Vereine hinzugekommen, die das kulturelle Leben in unserer Stadt bereichern. Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, die kulturelle Förderung auf eine neue Basis zu stellen und auch deren Höhe zu überprüfen. Aus diesem Grunde beantragen wir für das Haushaltsjahr 2021 eine Überarbeitung des Zuschusswesens im Kulturbereich und stellen einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 30.000 € dafür bereit.
5. Der **Zuschuss an die Stadtmarketing Siegen GmbH** soll um 60.000 € erhöht werden. Mit dem Betrag soll eine zusätzliche Stelle für den Aufgabenbereich des Zentren- und Stadtteilmanagements finanziert werden. Die beiden Fraktionen von CDU und SPD möchten insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie die durch zunehmenden Leerstand bedrohte Siegener Innenstadt und die Ortsteile durch professionelles Know-how beleben und schlagen deswegen die zusätzlichen finanziellen Mittel für die Stadtmarketing Siegen GmbH vor. Weitere Aufgabengebiete des Zentren- und Stadtteilmanagement ergeben sich aus der Konzeption der Stadtmarketing Siegen GmbH.

6. Eine der größten Herausforderungen im Bereich der urbanen Mobilität ist die **Förderung des Radverkehrs**. Da in der Vergangenheit im hügeligen Siegen wenig Wert auf eine ausgeprägte Radverkehrsinfrastruktur gelegt wurde, fällt es nun in Zeiten von E-Fahrrädern und Pedelecs schwer, für dieses Fortbewegungsmittel noch Flächen im dicht besiedelten Kernbereich unserer Stadt zu finden. Damit dies gelingt, wollen wir gemeinsam mit der CDU eine **zusätzliche Stelle für die Radverkehrsplanung** schaffen, die den Radverkehrsbeauftragten bei dieser Aufgabe unterstützt.

Verehrte Ratskolleginnen und –kollegen,  
aus den genannten Gründen bitte ich um Ihre Zustimmung zu den vorgelegten Änderungsanträgen von CDU und SPD zum Haushalt und zum Stellenplan 2021!

Meine Damen und Herren,  
wesentliche Schwerpunkte des Wahlprogramms der SPD bei der vergangenen Kommunalwahl waren und sind

- die Schaffung von zusätzlichem, insbesondere von gefördertem Wohnraum sowie die Bekämpfung des Wohnungsmangels,
- der Klimaschutz insbesondere in den Bereichen Verkehr, Energieerzeugung und Energieeinsparung,
- Stadtentwicklungsmaßnahmen wie die Umsetzung der Förderprogramme „Siegen – Zu neuen Ufern“ und „Rund um den Siegburg“, aber auch die Unterstützung des Projektes „Uni (kommt) in die Stadt“, die Sanierung des Hallenbads Weidenau, oder die Ausweisung weiterer Gewerbegebietsflächen,
- die Weiterplanung des Siegburgtunnels und die Verkehrsberuhigung der Siegener Innenstadt,
- die Errichtung einer vierten Gesamtschule,
- die Umwandlung aller verbliebenen Grundschulen in offene Ganztagsgrundschulen,
- der Ausbau der Kindertagesbetreuung,
- die Digitalisierung der Verwaltung.

Alle diese Punkte haben Eingang in unseren **Kooperationsvertrag mit der CDU** gefunden. Sie werden Schwerpunkte unserer gemeinsamen kommunalpolitischen Tätigkeit der kommenden Jahre sein.

Einige der genannten Punkte finden sich bereits im diesjährigen Haushaltsplan wieder. Das sind die ersten Erfolge der neuen Kooperationspartner. Andere kommen noch nicht vor, da erst weitere Voruntersuchungen fertig gestellt werden müssen. Nicht alle zwischen CDU und SPD vereinbarten Ziele können auf einen Schlag umgesetzt werden. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie müssen Schwerpunkte gesetzt und auf gesellschaftliche Veränderungen eingegangen werden. Daher möchte ich die diesjährigen Haushaltsplanberatungen unter die Überschrift

### **„Das Mögliche möglich machen“**

stellen. Dazu gehört neben all den vielen o. g. konkreten Projekten auch, dass nach wie vor der Haushaltsausgleich im Jahr 2022 dargestellt werden kann und somit der Haushaltsplan materiell genehmigungsfähig ist. Allerdings muss für die Genehmigung formal auch der Haushaltsabschluss 2019 aufgestellt sein. Dieser liegt bislang noch nicht vor. Ich hoffe

jedoch, dass dies in Kürze nachgeholt werden kann oder der Haushalt ausnahmsweise auch ohne Vorlage des Haushaltsabschlusses 2019 genehmigt wird.

Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung!

Mein **Dank** gilt zum Schluss dem Stadtkämmerer und 1. Beigeordneten Wolfgang Cavelius und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die gemeinsam mit den involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Geschäftsbereiche den Haushaltsentwurf 2021 aufgestellt haben. Herr Bürgermeister Mues, Herr Cavelius, bitte geben Sie meinen persönlichen Dank und den Dank der gesamten SPD-Fraktion an alle nicht anwesenden Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung weiter.

Bedanken möchte ich mich auch ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der **CDU-Fraktion** für die bislang sehr konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit seit der Kommunalwahl im vergangenen Jahr.

Mein allerletzter Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen der **demokratischen Parteien** in diesem Rat, die sich gegen rechtsextremistische Tendenzen konsequent zur Wehr setzen. Leider sind auch in unserer Stadt populistische Parteien aktiv, die offen mit Faschisten sympathisieren, gegen Ausländer, Andersgläubige und Menschen aus der LGBTTIQ-Community hetzen. Eine davon hat es bedauerlicherweise sogar mit fünf Stadtverordneten in unseren Rat geschafft. **Ich werde mein mir Mögliches dafür tun, dass dies in Zukunft nicht noch einmal geschieht!** Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Glück Auf!

Für die SPD-Fraktion  
Detlef Rujanski

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als wir im September 2020 mit 16,95% das beste Ergebnis aller Zeiten für uns GRÜNE in Siegen erzielten war für uns klar: jetzt können wir mit Schwung und Energie den Umbau unserer Stadt weiterführen! Wir wollten anknüpfen an die politischen Erfolge der vergangenen Jahre mit den Entscheidungen z. B. zur Neugestaltung des Oberen Schlosses, zur neuen Parkanlage am Herrengarten und zur Neugestaltung des Siegufers. Auch in Sachen Klimaschutz, so dachten wir, haben wir einen klaren Gestaltungsauftrag erhalten. Nun sollte es darum gehen, die Entscheidungen aus 2019/2020 u.a. zur CO<sub>2</sub>-Neutralität, zur Schaffung eines guten Radwegenetzes und zum Ausbau erneuerbarer Energien auch praktisch umzusetzen.

Ich muss Ihnen sagen, meine Damen und Herren: es ist schon sehr ernüchternd zu erleben, dass insbesondere die CDU dann in ihrer Mehrheit für ein Bündnis mit der SPD votierte. Ein Zeichen dafür, dass man eine moderne ökologische Stadtgestaltungs- und Klimapolitik nicht weiter für erforderlich hält.

Wie kam es dazu? In den Sondierungsgesprächen mit der CDU haben wir GRÜNE deutlich gemacht, dass es für einen nachhaltigen Klimaschutz in unserer Stadt erforderlich ist, alle Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung, die mit diesem Thema befasst sind, in einem

Dezernat zusammenzuführen und dieses personell nach und nach aufzustocken. Für uns war dies die Erkenntnis der letzten Legislaturperiode: es mangelte nicht an den politisch sinnvollen Entscheidungen, sondern daran, dass diese einfach von der Verwaltung nicht umgesetzt wurden. Die Zuständigkeiten lagen oftmals in verschiedenen Dezernaten. Das bedeutete nur allzu oft das Aus für die guten Klimaentscheidungen. Oftmals wurde gar nicht erkennbar, wo die Verantwortung lag.

Bürgermeister und CDU lehnten eine Änderung der Arbeitsorganisation kategorisch ab, konnten aber nicht aufzeigen, wie es denn ohne unsere Vorschläge weitergehen könnte. Zeitgleich, das wissen wir heute, verabredete man mit der SPD eine Zusammenarbeit ohne das Kernproblem der fehlenden Umsetzung klimarelevanter Beschlüsse anzugehen!

Aber so dramatisch diese Entwicklung u.a. für den Klimaschutz im Gesamten ist: es hilft kein Jammern, es muss und es wird weitergehen! GRÜNE können auch Opposition! Dann bringen wir eben als Oppositionspartei unsere guten Ideen ein, auch wenn die ersten Monate der GroKo schon zeigen, dass hier „durchregiert“ wird. Die Vorschläge anderer Parteien werden schon deshalb abgelehnt, weil sie nicht von ihr selbst kommen. Wenig souverän und keine gute Entwicklung für unsere Stadt.

Es ist einfach unbegreiflich, wie man beispielsweise unseren Antrag, die Bürgerschaft unserer Stadt in Entscheidungsprozesse besser einzubinden und dafür mit den Bürger\*innen zusammen realistische Ideen zu entwickeln, ablehnen kann.

Aber lassen Sie uns mal anschauen, was denn CDU und SPD für die kommenden Jahre verabredet haben.

Nun, wie ja leider inzwischen Gang und Gäbe, reihen sich in der Koalitionsvereinbarung der GroKo lose Absichtserklärungen und Prüfaufträge aneinander. Konkretes ist da wenig zu finden. Gerade wenn man die sozialdemokratische Brille aufsetzt, bleibt die Unterschrift unter eine solche Vereinbarung rätselhaft.

Neben all den unverbindlichen Wünschen wird nochmal alles aufgeführt, was der Rat der Stadt Siegen bereits beschlossen hat, zum Teil schon vor vielen Jahren, und beteuert, dass man es gerne fortführen möchte!

Ja, möchte man da rufen: WAS DENN SONST? Klar, die GroKo ist für die Fertigstellung des Schlossparks, klar, man will die Uni in die Stadt holen und ja, auch im Herrengarten wird ein kleiner Park entstehen. Dazu braucht es keine Erwähnung, keine neue Entscheidung. Füllmaterial, um das fehlende Potential wirklicher Gestaltung zu kaschieren.

Nun ja, vielleicht muss das besonders betont werden, da die Sozialdemokraten die meisten dieser Projekte in der Entstehung abgelehnt haben. Wir wissen es nicht.

Ansonsten gibt es einige wenige Ideen, die wir GRÜNE im GroKo-Papier unterstützen können: eine vierte Gesamtschule halten wir für extrem wichtig. Leider fehlt hier aber der Zusatz, dass wir rein von den Zahlen her auch ein Gymnasium in Siegen zu viel haben. Mit uns wird es deshalb keine andere Lösung geben: wir wollen eine vierte Gesamtschule am jetzigen Standort des Peter Paul Rubens Gymnasiums. Dort können wir dem Willen vieler Eltern Rechnung tragen und eine neue Schulform mit neuen konzeptionellen Ideen verwirklichen.

Und auch der Antrag, in Siegen Kulturmarkthallen zu errichten, ist gut. Da machen wir gerne mit, auch wenn hier wieder nur geprüft werden soll.

Aber es gibt auch Punkte, die ein Schlag für all diejenigen sind, die sich für den Klimaschutz engagieren. Die Einführung des Begriffs „Ressourcen-schonende Gewerbegebiete“ in die politische Debatte zeigt, dass man sich von der dringend erforderlichen Politik hin zur Klimaneutralität längst verabschiedet hat.

Wir GRÜNE wollen klar CO<sub>2</sub>-neutrale Gewerbegebiete. Nur so lassen sich die zwingend notwendigen Klimaziele erreichen. Und das nehmen CDU und SPD nach wie vor nicht ernst! Die Notsituation des Planeten und die drohende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sind bei CDU und SPD immer noch nicht verinnerlicht worden. Handlungsleitend ist nicht die katastrophale Klimasituation sondern das Weiterwurschteln ohne grundlegende Veränderungen. Das ist bei der Klimapolitik erkennbar, aber auch beim Festhalten an den Plänen zum Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach! Kein Umdenken. Stattdessen ein stures Weiter so!

Hier, meine Damen und Herren, werden wir GRÜNE bei jeder Gelegenheit den Finger in die Wunde legen! Wir kündigen unseren Protest an gegen eine Politik, die auf dem Rücken künftiger Generationen nach wie vor Fläche um Fläche zerstört ohne Rücksicht auf Verluste.

Meine Damen und Herren, der Haushalt enthält viele Einzelprojekte, die wir mittragen könnten, da wir sie ja in der letzten Wahlperiode selber auf den Weg gebracht haben. Aber es gibt gewichtige Gründe, ihn abzulehnen:

1. Der Haushalt bildet die Erfordernisse zum Erreichen der Klimaziele nicht ab und zwar weder personell noch finanziell. So gibt es nach wie vor nur eine große Plan- und Konzeptlosigkeit, wie denn der Ratsbeschluss, die städtischen Gebäude bis 2040 klimaneutral zu gestalten, umgesetzt werden soll.
2. Der Ratsbeschluss, die Stadt werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist zur Makulatur verkommen. Überall wo klares Handeln erforderlich wäre, wie etwa bei einem stringenten Ausbau des Radwegenetzes oder der Schaffung CO<sub>2</sub>-neutraler Gewerbegebiete, spült die Siegener GroKo alles weich, frei nach dem Motto: so ernst war das mit dem Klimaschutz ja nun auch nicht gemeint.
3. Über 5 Millionen Euro in einen Kreisel Schleifmühlchen zu stecken, dessen Neubau nachweislich kaum verkehrliche Verbesserungen bringt und zudem einseitig den motorisierten Individualverkehr gegenüber Fußgänger\*innen und Radfahrende bevorzugt, ist nicht nur verkehrspolitisch ein Armutszeugnis, nein, er zeigt auch, dass die Stadt finanzpolitisch völlig falsche Prioritäten setzt.
4. Es fehlen im Haushalt klare und erkennbare Finanzierungsansätze für Ratsentscheidungen, die bislang nicht umgesetzt sind, z.B. für die Schaffung von attraktiven Wanderwegen sowie der verabredeten Uferwege entlang von Sieg, Weiß usw.

Die Aufzählung wäre erweiterbar: ein Blick in die lange Liste nicht ausgeführter Beschlüsse zeigt, wo in dieser Stadt der Schuh drückt.

Grundsätzlich liegt dem Haushalt keine stadtentwicklungspolitische Philosophie zu Grunde. Man will etwas Klima, etwas Tourismus, etwas mehr für die Straßen, etwas mehr prüfen, untersuchen und eigentlich auf die lange Bank schieben.

Wir GRÜNE wollen eine klare Orientierung an den Zielen, die aus dem Pariser Klimaschutzabkommen abzuleiten sind: Klare Priorität für E-Mobilität und Fahrrad, klare

Forderung nach Elektro-Bussen und einer Verkehrsinfrastruktur, die die Innenstadt stark verkehrsberuhigt und in einzelnen Bereichen verkehrsfrei entwickelt. Klares Bekenntnis für mehr Bürger\*innen-Beteiligung, sei es projektbezogen oder auch auf den gesamten städtischen Haushalt orientiert.

Die Vision, wie denn Siegen in den nächsten 5-10 Jahren weiterentwickelt werden soll, fehlt diesem Haushalt vollständig!

Meine Damen und Herren,  
allen Parteien fällt es schwer, unter den Pandemiebedingungen die notwendigen politischen Entscheidungen sachgerecht zu treffen. Sitzungen fallen aus, gewohnte Formate werden durch digitale Treffen abgelöst und eine wirkliche Debatten- und Entscheidungskultur erschwert.

Und ehrlich gesagt, die Abwägung, was in diesen Zeiten das Richtige und Angemessene zur Pandemiebekämpfung ist, ist alles andere als einfach. Dennoch bemühen sich die Allermeisten nach Kräften, diese Zeit solidarisch durchzustehen: die Bürger\*innen, die Verwaltung und die Parteien.

Und trotzdem sind wir GRÜNE unzufrieden! Was am Anfang der Pandemie gut war, nämlich klare Regeln, die für alle gelten, wurde inzwischen bundesweit in einer unsäglichen Art und Weise zerbröselt, so dass kaum noch jemand die gerade gültigen Regelungen des Bundeslandes, in dem er lebt, kennt. Ein Kommunikationsdesaster! Und ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen. Gerade NRW spielt hier eine unrühmliche Rolle. Nichts, was in den Kanzlerrunden noch einmütig beschlossen wird, kommt unter Armin Laschet als konkrete Politik im Land NRW und in den Kommunen an. Verwässern, neu regeln, verunsichern, so könnte man die derzeitige NRW-Politik überschreiben. Wie gesagt, ein Desaster für eine wirksame Bekämpfung der Pandemie und auch für die Glaubwürdigkeit und Nachvollziehbarkeit der Politik.

Meine Damen und Herren, es ist nicht einfach, gut abzuwägen und das Richtige zu tun. Populistische Debatten sind in einer Pandemie alles andere als zielführend. Die hohen Inzidenzwerte in unserem Kreis zeigen, dass aktuell noch einiges an Geduld in der Lockerungsdebatte nötig ist.

Aber unabhängig von der Corona-Pandemie dürfen wir die eigentliche Katastrophe, den von Menschen verursachten Klima-Wandel, nicht aus den Augen verlieren! Wir müssen unser politisches Handeln entsprechend ausrichten. Das muss sich auch im Haushalt 2021 der Stadt Siegen wiederfinden. Wir können dem Haushalt in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Nur wenn die von uns heute vorgelegten Anträge zum Haushalt, Stellenplan und Gewerbegebiet Martinshardt - wider Erwarten - eine Mehrheit finden, würden wir ihn trotz großer Bedenken mittragen.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Michael Groß

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## UWG-Fraktion

Die nachfolgenden Punkte ersetzen die ansonsten übliche Haushaltsrede zur Ausgestaltung des Haushalts 2021.

Sie soll die wesentlichen kommunalpolitischen Standpunkte für die UWG-Fraktion im Jahr 2021 verdeutlichen und stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit

In den „Coronajahren“ 2020/21 läuft alles anders. Das Virus bestimmt in wesentlichen Teilen unser Handeln und die politischen Schwerpunkte verschieben sich nachhaltig; den Haushaltsplan 2021 beraten wir daher in einer Ausnahmesituation.

Darum möchten wir zuallererst allen Menschen danken, die sich nun schon seit Monaten in unseren Krankenhäusern, im öffentlichen Dienst, oder in der Versorgung unserer Bevölkerung für ihre Mitmenschen einsetzen. Dieser Dank gilt aber auch den vielen ehrenamtlich Tätigen sowie allen, die die Maßnahmen mittragen und die sich um ihre Mitmenschen kümmern.

In unserem Beitrag zum Haushalt 2020 haben wir die für die UWG-Fraktion beherrschenden 10 Themenschwerpunkte ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Festlegung einer Reihenfolge nach Wichtigkeit zu definieren, benannt; sie sind weiterhin Richtschnur unseres politischen Handelns, wobei oftmals die Behandlung des einen Themas eng mit einem oder mehreren anderen verzahnt ist oder diese voneinander abhängen.

1. die allgemeine Haushaltslage dieser Stadt und das Ringen um den Haushaltsausgleich
2. das Ringen um eine spürbare Veränderung und Verbesserung der gesamten Ökologie mit dem Ziel der Klimaneutralität in unserer Stadt
3. die mit dem Projekt „Universität in die Stadt“ verbundenen deutlich sichtbaren Infrastrukturmaßnahmen in der Innenstadt,
4. das große Thema Sicherheit und Ordnung,
5. die wirtschaftlich Stärkung und Stabilisierung der Einzelhandelsstandorte auch und insbesondere in den sog. 1-B-Lagen wie Geisweid, Weidenau und Eiserfeld,
6. die Fragen der verkehrlichen Erschließung mit dem großen Thema der Sicherstellung und Weiterentwicklung des ÖPNV,
7. der weitere Ausbau der Kitas und der weitere Abbau des Renovierungsstaus in unseren Schulen,
8. die Beseitigung des Renovierungsstaus in unserem teilweise desolaten Straßennetz,
9. die Schaffung und Sicherstellung der Arbeitsplätze in Siegen, einhergehend mit dem Ausbau weiterer dringend erforderlicher Gewerbeflächen sowie von Möglichkeiten für weiteren Wohnraum mit einer deutlichen Erhöhung des Anteils im Bereich des sozialen Wohnungsbaus,
10. das große Thema Digitalisierung, wobei die hiermit verbundenen Aufwendungen und Erfordernisse nur andeutungsweise bekannt und abschätzbar sind.

Die von der Corona-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise wirkt sich durchaus branchenbedingt unterschiedlich aus. Während einige Wirtschaftszweige gut oder nur wenig beeindruckt durch die Wirtschaftskrise kommen, sind andere in starkem Maße in ihrer Existenz bedroht. Dies hat unmittelbaren Einfluss auf die öffentlichen Einnahmen, denn die prognostizierten Steuereinnahmen gingen stärker zurück als selbst in der Finanzkrise 2009. Das trifft insbesondere den kommunalen Bereich, wo die wichtigste eigene Steuerquelle mit der Gewerbesteuer konjunkturabhängig ist. Neben der rein „geschäftsmäßigen“ Bewältigung

der Krise hat Corona in immer stärkerem Maße direkte Auswirkungen auf unser aller Leben – und das bedarf verstärkt in verstärktem Maße insbesondere der Betrachtung im Bereich der Kommunalpolitik. Viele Menschen mussten Kinderbetreuung, Unterricht und Arbeitsalltag unter einen Hut bekommen. Viele mussten über alle Belastungsgrenzen hinweg arbeiten, um unsere Stadtgesellschaft am Laufen zu lassen. Manche Berufe dürfen bis heute nicht ausgeübt werden und haben so die Betroffenen gar in Armut und Arbeitslosigkeit getrieben.

Viele Unternehmerinnen und Unternehmer stehen heute vor den Trümmern ihrer Existenz. Und insbesondere ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen erleben eine Isolation, die noch vor wenigen Monaten unvorstellbar gewesen wäre. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass aus der Finanz- Wirtschafts- und Haushaltskrise, keine Gesellschaftskrise wird. In den kleinsten, aber dennoch wichtigsten Zellen unserer Gesellschaft, in unseren Familien, unserer Nachbarschaft, in unseren Stadtteilen erwachsen enorme kommunale Herausforderungen der Zukunft. Diese können, wenn zielgerichtet verausgabt, durch immense Finanzmittel vom Bund und Ländern zwar gemindert werden; gelöst werden müssen diese aber auf kommunaler Ebene.

Auch deshalb war und ist es von ungeheurer Wichtigkeit, Projekte wie „Uni in die Stadt“ oder das Leerstandsmanagement in der Oberstadt oder in den Einkaufszentren weiter zu forcieren und dauerhaft zu sichern. Die in den letzten Jahren angestoßenen Projekte werden das Stadtbild nachhaltig verändern und echte Akzente für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt setzen. Hierzu bedarf es insbesondere innovativere Ideen, auch der Verwaltung.

Für die Behandlung unserer UWG-Anträge zu den Themen „Innovative Nutzung von gewerblichen Leerständen“ in Zeiten Coronas sowie zur coronaangepassten „Digitalisierungsstrategie Smart-City“ vom 20.11.2020, die erst am 18.02.2021, also ein Vierteljahr nach Antragstellung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften behandelt werden konnten, hatte die Verwaltung nur „ein Schmunzeln“ übrig. Wir von der UWG könnten der Verwaltung am besten helfen, wenn wir sie arbeiten lassen! Das sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Unser Antrag sei überflüssig gewesen. Alles in Butter!

Nun, 5 Monate nach unserer Antragstellung, nehmen wir einen Antrag der Neuen Koalitionäre von CDU und SPD zur Kenntnis, der genau auf das Thema Leerstandsmanagement für die Oberstadt abzielt und eine neue Nutzung für den leerstehenden Teil des ehemaligen Kaufhofgebäudes als „Kulturmarktplatz“ vorschlägt. Ein weiterer Vorschlag von Volt hat die Prüfung einer möglichen Nutzung als Kinder- und Jugendbücherei zum Inhalt. Genau darum ging es uns! Denn: neue innovative Ideen sind für das Gelingen des Projekts „Uni in die Stadt“ sowie die Belebung der Oberstadt von existentieller Bedeutung. Von derber Kritik seitens der Verwaltung und der Mehrheitskoalitionäre keine Spur. Hier wird deutlich: ***Es kommt nicht darauf an, was man vorschlägt, sondern wer etwas vorschlägt.***

Wir begrüßen, dass der Haushaltsplan nunmehr der Öffentlichkeit via Internet zur Verfügung gestellt wird. Nach wie vor ist aber die Darstellung des Haushaltsplans für die Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Siegen kaum lesbar und nicht nachvollziehbar. NKF ohne korrespondierendes Berichtswesen ist nun einmal nicht transparent und einfach durchschaubar. Die Implementierung eines Berichtswesens würde jedoch einen immensen organisatorischen, insbesondere personellen Aufwand Mehraufwand bedeuten. In der



Abwägung von Aufwand und Nutzen hat der Rat sich in der Vergangenheit mehrheitlich gegen eine derartige Umsetzung entschieden. Wir sollten daher als Rat in einem kleineren Kreis die jeweiligen Wünsche und Ansprüche zusammen mit der Finanzverwaltung auf das Machbare und den Umfang einer geänderten und transparenteren Darstellung für die Haushaltsaufstellung diskutieren.

Äußerst kritisch sieht die UWG-Fraktion das zusammen mit den Überhängen der Vorjahre in Höhe von 24 Mio. Euro wiederholt total überhöhte veranschlagte neue Investitionsvolumen von über 37 Millionen Euro. Wir haben bereits im Zusammenhang mit der Veranschlagung der Haushalte 2019 und 2020 darauf hingewiesen, dass derartige „Luftschlösser“ dauerhaft nicht darstellbar sind. Hatten wir im Jahr 2019 noch eine Umsetzungsquote von ca.63%, wird diese in 2021, nicht nur wegen der Corona-Pandemie, Personalmangel sowie der erst sehr späten Genehmigungswahrscheinlichkeit, deutlich unter 50 Prozent liegen. Eine derartige Investitionsplanung ist schlichtweg nicht darstellbar. Auch wenn uns bewusst ist, dass für die Realisierung von Zuschussmaßnahmen eine Veranschlagung für zukünftigen Großprojekte erforderlich ist, halten wir die Dimension der anstehenden Investitionsmaßnahmen vor dem Hintergrund, dass 24 Millionen Euro aus Vorjahren noch nicht abgearbeitet werden konnten, mit einer zusätzlichen Veranschlagung von 37 Mio. Euro für Investitionen und zusätzlicher Investitionskredite in Höhe von 6 Mio. Euro gelinde gesagt für „außerirdisch“!

Im Hinblick auf den Klimaschutz sehen wir im Haushalt 2021 wenig Fortschritte – im Gegenteil: der Ausbau erneuerbarer Energien wird noch immer nicht konsequent von der Verwaltung umgesetzt. Wenn wir eindeutige Ratsbeschlüsse ignorieren und beispielhaft neue Gewerbegebiete **nicht soweit als technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar** klimaneutral konzipieren, werden wir die gesteckten Klimaziele ganz sicher nicht erreichen.

Corona zeigt uns gnadenlos, dass Deutschland digitalpolitisch bisweilen noch ein Entwicklungsland ist. Und so sieht es leider auch in der Universitätsstadt Siegen aus. Grundsätzlich ist z.B. Home-Office in der Verwaltung sicher eine der möglich guten Alternativen. Diese und andere (gar nicht so neuen) Arbeitsmethoden sind bekanntermaßen mit mehr als nur einem Schreibtisch und einem Telefon im häuslichen Arbeitszimmer verbunden. Corona hat uns alle überrollt und den kurzfristig notwendig gewordenen Umsetzungsdruck für eine den aktuellen Anforderungen gerecht werdende technische und personelle Ausstattung nachhaltig erhöht. Das haben weder die politischen Gremien noch die Verwaltungen in diesem Maße absehen können. Hier muss deutlich nachgebessert werden, damit die vorhandene Technik auch optimal genutzt werden kann. Solange jedoch Forderungen oder Anregungen der politischen Fraktionen zur Darstellung und Beseitigung von Defiziten beim Ausbau und der Vernetzung der Stadt Siegen seitens der Verwaltung, bewusst oder unbewusst, als böse Kritik verstanden werden, sind weitere Konflikte und nicht gemeinsames, zielgerichtetes Handeln vorgezeichnet. Unser Antrag zielte eindeutig nicht auf Kritik an der Verwaltung. Vielmehr waren die gemeinsame Behandlung und Bewältigung eines von uns ausgemachten, von Corona verstärkten Problemfeldes das Ziel.

Das Thema Sicherheit und Ordnung in Siegen ist für uns sehr wichtig. Wurde das Vorhandensein von Angsträumen in verschiedenen Bereichen unsere Stadt von vielen Ratsvertretern sowie der Verwaltung vor zwei bis drei Jahren noch negiert, hat sich die Betrachtungsweise etwas verändert und der aktuellen Situation angepasst. So wurden, z.B. die Streifen im Bereich der Innenstadt und des Bahnhofs deutlich erhöht und die

Zusammenarbeit mit der Polizei, auch mit der Verlegung des Ordnungsamtes in die Unterstadt, intensiviert. Sicherheit und Ordnung bedeutet für uns auch **Sauberkeit in unserer Stadt**. Die zunehmend rücksichtslose Entsorgung unseres Alltagsmülls auf Grünflächen, Depotstandorten und in den Straßen unserer Stadt waren für uns Anlass, auf das „Bochumer Modell“ mit dem Einsatz von 2 zusätzlichen Abfallkontrolleuren aufmerksam zu machen. Das Thema wurde in die Behandlung des Fachausschusses verwiesen und wir erwarten, dass dies mit dem Ziel der baldigen Umsetzung auch erfolgt.

Ein für uns ausgesprochen wichtiges Thema ist die **Einsatzfähigkeit und Ausstattung unserer der Freiwilligen Feuerwehr**. Die überwiegend ehrenamtlich tätigen Feuerwehrfrauen und -männer leisten einen oftmals unterschätzten, für unsere gesamte Bevölkerung unverzichtbaren Dienst im Rahmen des Feuer- Katastrophen- und Gesundheitsschutzes. Dies wird fraktionsübergreifend anerkannt und der Rat war immer bemüht im Rahmen des Möglichen für eine entsprechende Ausstattung zu sorgen. Mit den letzten Baumaßnahmen in Trupbach und Eisern wurden wesentliche Schritte zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit in den Ortsteilen getan. Wir werden auch zukünftig erhebliche Finanzmittel einsetzen müssen, um den Standard in allen städtischen Bereichen zu gewährleisten. Auch im Bereich der Hammerhütte, im Hain, Weidenau, Sohlbach-Buchen sowie Langenholdinghausen-Birlenbach zeichnen sich Neu, Aus- oder Umbaumaßnahmen an, denen wir uns kurz- oder mittelfristig stellen müssen.

Der öffentliche Dienst leidet zunehmend an der Tatsache, dass zu besetzende Stellen, insbesondere im technischen Bereich, mangels geeigneter Bewerber/innen nicht besetzt werden können. Beispielhaft sei hier die Situation in der Grünflächenabteilung zu nennen. Von den insgesamt 5 Ingenieurstellen sind aktuell nur 3 Stellen besetzt. Zwar ist ab 01.06. 2021 die Nachbesetzung einer Stelle vorgesehen, was aber immer noch eine dann stellenplanmäßige 20-prozentige Unterbesetzung, zumindest für die Hauptvegetationszeit im Jahr 2021 bedeutet. Unberücksichtigt bleiben hierbei die durch aktuelle Maßnahmen (Herrengarten, Schlosspark, Wenscht etc.) zuwachsende Aufgaben. Wie bekannt wurde, bedarf es in diesem Aufgabenbereich einer neuen Personalbedarfsplanung. Hierfür erforderlich wäre die **Erstellung eines aktuellen und mittelfristig gültigen Grünflächenkatasters**. Dies wäre z. B. eine Aufgabe für eine/n Fachingenieur/in.- der oder die nicht vorhanden ist!

Der Grund liegt zumeist nicht daran, dass auf dem Arbeitsmarkt keine geeigneten Bewerber/innen vorhanden wären. Das Problem liegt erkennbar und deutlich an der großen Kluft zwischen den tariflichen Möglichkeiten der öffentlichen Verwaltungen und den auf dem „freien Arbeitsmarkt“ für den v.g Bewerberkreis gezahlten Löhnen und Gehältern. In dieser Folge bleiben erforderliche Maßnahmen entweder liegen oder müssen an Ingenieurbüros oder Fachfirmen mit dem entsprechenden Knowhow vergeben werden. Das wird zwar am Ende maßnahmenbezogen erheblich teurer, ist aber haushaltsrechtlich zulässig. Hierdurch wird die Diskrepanz zwischen **Anspruch und Wirklichkeit einer produktbezogenen Kostenleistungsrechnung im öffentlichen Dienst** überdeutlich! Hier wären z.B. entsprechende Öffnungsmöglichkeiten für eine übertarifliche Vergütung qualifizierter Mitarbeiter/innen ausgesprochen hilfreich. Um dieses Thema für die politischen Vertretungen transparenter und für die zukünftige Betrachtung des Stellenplans nachvollziehbarer zu machen, werden wir die Verwaltung bitten, dieses Thema/diese Problematik einmal für alle Bereiche der Stadtverwaltung auf der Basis der tatsächlichen

Situation aufzuarbeiten und in einer Sitzung des HFA als Personalausschuss zu erörtern um, wenn möglich, in einer gemeinsamen Strategie von Politik und Verwaltung, für eine zumindest mittelfristige Verbesserung zu sorgen.

Da coronabedingt monatelang in den Kindergärten keine Kinderbetreuung erfolgen durfte, vertreten wir die Auffassung die **Elternbeiträge für die Kinderbetreuung für die betreffenden Monate zu erlassen** (Februar bis zum Ende der Schließung in 2021).

Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die 800-Jahr-Feier der Universitätsstadt Siegen ist für uns indes nicht nachvollziehbar. Diese Aufgabe könnte nach unserer Auffassung durch das Stadtmarketing erledigt werden kann. Die Erstattung der für die Vorbereitung, Durchführung und Vermarktung des Jubiläums erforderliche befristete Personal und Finanzausstattung sollte dann ohne die Ausweitung des Stellenplans durch die Stadt erfolgen.

Nachdem mit der Eröffnung des Rewemarktes im Zentrum des Stadtteils Geisweid nunmehr die Voraussetzungen für die **Prüfung einer von vielen Bürgerinnen und Bürgern erhobenen Forderung zur Errichtung eines Aldimarktes** sowie einer zentrumsnahen Errichtung von Wohnraum auf dem auf dem Gebiet der Firma Elih gegeben sind, gilt es nunmehr die Realisierungsmöglichkeiten eines solchen Projektes zu prüfen und nach Vorliegen des Prüfungsergebnisses, ein positives Ergebnis vorausgesetzt, zeitnah die Voraussetzungen der Umsetzung mit den Beteiligten zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass Geisweid von diesem Projekt profitieren wird.

**Wir lehnen die im Haushaltsplan vorgesehene Anschaffung von Wohncontainern zur Armutsbekämpfung grundsätzlich ab.** Diese Art der Unterbringung halten wir nicht für menschenwürdig. Außerdem wurden bislang von der Verwaltung noch keine konkreten Standorte genannt, eine mögliche Ghettoisierung wollen wir unbedingt verhindern.

**Sorge macht uns der Schuldenberg unserer Universitätsstadt.** Ich wage hierbei einen Vergleich mit einem Vulkan. Man sieht den Berg und weiß um die Gefahr eines Ausbruchs, baut aber trotzdem ein Haus am Fuße des Vulkans. Ähnlich verhält es sich mit unserem Schuldenberg. Wenn auch Investitionskredite oftmals als gute Kredite, weil kapitalbildend bezeichnet werden, ist der in den letzten 3 Jahren zu verzeichnende Anstieg von ca. 83 Mio. auf über 101 Mio. Euro bei gleichzeitig nach 2016 erstmals in den Haushalten 2020/21 wieder ansteigendem Kassenkreditbestand mit großen Gefahren behaftet. Wenn auch durch die abstruse Leitzinssituation aktuell keine Gefahren bestehen, ja sogar bedingt Vorteile durch Negativzinsen zu erzielen sind, wissen wir alle, dass angesichts des Gesamtschuldenstands bei Wiederanstieg des weltweiten Leitzinses um auf den zuvor genannten Vergleich zurück zu kommen, unsere kommunale Handlungsfähigkeit kollabieren wird.

Viel mehr als die Finanzsituation machen wir uns aktuell Sorgen um die Herausforderung innerhalb unserer Zivilgesellschaft, Sorgen um das soziale Miteinander. Wir alle tragen mit unseren Entscheidungen die Verantwortung dafür, dass niemand vergessen, abgehängt oder allein gelassen wird. Wenn das Geld knapper wird, müssen wir uns noch stärker auf das konzentrieren, was Siegen jetzt wirklich braucht. Wenn der Bund mit teilweise zweifelhaften Begründungen Milliardenbeträge aus dem Hut zaubern kann, dürfen Einsparungen im

sozialen Bereich keine Antwort auf Corona sein - ganz im Gegenteil. Die Corona Krise darf nicht dazu führen, soziale Ungerechtigkeiten weiter zu verschärfen, sondern muss uns deutlich machen, dass das soziale System, das soziale Netzwerk und das soziale Miteinander die Keimzelle ist, die unsere Stadtgesellschaft zusammenhält.

*Zum Schluss unseres Beitrags möchte ich es nicht versäumen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadtverwaltung und ihrer Einrichtungen für die in schweren Coronazeiten und unter erschwerten Bedingungen gebrachten Leistungen Dank zu sagen. Das ist nicht alles selbstverständlich und verdient Anerkennung!  
Sie haben einen guten Job gemacht!*

Für die UWG-Fraktion im Rat der Stadt Siegen  
Hans Günter Bertelmann

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

### **AfD-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Stadtkämmerer Cavelius,  
verehrte Stadtverordnete,  
sehr geehrte Medienvertreter,  
liebe Bürger der Stadt Siegen,

wie in jedem Jahr wird die Verabschiedung des Haushaltsentwurfs von zustimmen-den, meist aber eher kritischen Reden der im Rat vertretenen Fraktionen begleitet. Zum ersten Mal habe ich die Ehre, dies für die AfD tun zu dürfen. Eine Aufgabe, die ich sehr gerne wahrnehme.

Wofür steht sie eigentlich, diese AfD-Fraktion, gerade neu eingezogen in den Rat, und begrüßt mit einem großen, dicken, schweren Paket voller Vorurteile?

Ich möchte Ihnen die Antwort gleich vorab geben, damit Sie meine weiteren Aus-führungen zum Haushalt und meiner Einschätzung zur Verantwortung des Stadtrats für die ihm vom Steuerzahler anvertrauten Gelder in einen geeigneten Kontext setzen und korrekt einordnen können.

Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Siegen steht für all die Werte, die ein Leben in Freiheit, Wohlstand und mit positiven Zukunftsperspektiven überhaupt erst möglich machen. Ich spreche von Werten wie Verantwortungsbereitschaft, Verlässlichkeit, Leistungsbereitschaft und Vernunft. Aber ebenso von Toleranz, Offenheit, Aufrichtigkeit, Hilfsbereitschaft und dem Akzeptieren Andersdenkender.

Wenn ich einen Begriff auswählen müsste, der die Politik meiner Fraktion, unsere politische Zielrichtung, am treffendsten und umfassendsten beschreibt, würde ich den Begriff "Gerechtigkeit" wählen. Denn darunter kann man praktisch alle Forderungen, die wir stellen, subsumieren.

Das betrifft in hohem Maße auch den Haushalt der Stadt. Er muss sehr viele sehr unterschiedliche Ansprüche, Forderungen, Wünsche und Verpflichtungen erfüllen und dabei nicht nur das Machbare, sondern vor allem das Verantwortbare abbilden: Machbar ist vieles,

aber längst nicht alles kann man guten Gewissens verantworten. Und eine gleichmäßige Verteilung ohne Rücksicht auf den erbrachten Ein-satz mag zwar sozialistischen Ideen gefallen – gerecht ist es jedoch nicht!

Kern allen Gerechters ist vor allem auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Leistung und Ertrag. Wer viel leistet, sollte demnach einen hohen Lohn verdienen, wer weniger leistet, wird auch weniger Ertrag erzielen.

Was es in der Praxis bedeutet, etwas zu erwirtschaften, weiß jeder Landwirt, der schon mit den ersten Sonnenstrahlen auf dem Feld steht und im Schweiß seines Angesichts den Acker bestellt. Das weiß auch jede Verkäuferin, jeder Automechaniker, jeder Unternehmer, jede Altenpflegerin, jeder Sachbearbeiter, jede Rechts-anwältin, jeder Handwerker. Einfach jeder, der morgens früh jeden Tag zur gleichen Zeit den sprichwörtlichen Hintern aus dem Bett bewegt und Arbeiten geht.

Und für diese Arbeit einen Lohn erhält. Einen Lohn, den er teilen muss. Von dem er etwas abgeben muss. Von dem er sogar ziemlich viel abgeben muss. Neben Lohn- bzw. Einkommenssteuern knapp 20 % Mehrwertsteuer, immer dann, wenn er etwas kauft, darüber hinaus alles Mögliche an weiteren Abgaben, von der Mineralöl- über die Tabak- und Alkoholsteuer, Versicherungssteuer usw. usf. Dazu kommen Hunderte weitere versteckte und indirekte Steuern, nicht zu vergessen die immer weiter ausufernden Energie- und Umweltsteuern. Die meisten dieser Steuern fließen an Bund und Land; die für unsere Stadt wichtigsten Steuereinnahmen sind die Grund- und die Unternehmenssteuern.

Der Haushaltsentwurf geht dabei von Einnahmen aus, die allesamt vor der Corona-Krise berechnet worden sind. Doch mittlerweile wissen wir, dass die im Namen des Schutzes vor einer Covid-Infektion getroffenen Maßnahmen nicht nur die (für den Haushalt nicht so sehr relevanten) Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte jedes einzelnen Bürgers erheblich beschneiden, sondern Umsatz, Erträge und damit Steuerabgaben der Unternehmen. Ganz besonders hart betroffen sind der Mittel-stand und die vielen kleineren Betriebe und Solo-Selbstständigen.

Wenn man aber jetzt schon weiß, dass die dem Haushaltsentwurf zugrunde liegenden Einnahmen nicht realisierbar sind, kann man ihm gar nicht zustimmen.

Ich werde dazu gleich noch etwas weiter ausführen, möchte mich aber zunächst einmal der Ausgabenseite (und damit den möglichen und absolut erforderlichen Konsolidierungsoptionen) widmen. Hier geht der Entwurf von fast 330 Millionen Euro aus.

Natürlich ist der weit überwiegende Teil der Ausgabenerfordernisse vorgegeben und zwingend, ohne nennenswerte Spielräume. Dennoch bleibt genügend Raum für Einsparungen. Ich möchte an Sie alle, liebe Ratskollegen, appellieren, Ihre Entscheidung bei jeder Ausgabe auf den Prüfstein des unabdingbaren Erfordernisses zu legen. Dies bitte völlig unabhängig von politisch motivierten Präferenzen.

Denn es ist nicht unser Geld. Es ist und bleibt das Geld derer, die es erwirtschaftet haben. Finanziert werden müssen davon Projekte, die einen möglichst hohen Substanzwert haben.

In der Hauptsache sollten das, neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen, Ausgaben für Infrastruktur, Bildung sowie Sicherheit und Ordnung sein; Kultur- und Sportförderung, Natur- und Landschaftspflege oder Umweltschutz sind ebenfalls nötig und kosten ebenfalls Geld. Das gleiche gilt für die vielfältigen sozialen Leistungen. Doch die sind oft auch ein wunder Punkt.

Wenn wir von Gerechtigkeit reden (und das ist immer noch mein Thema), dann müssen wir immer genau hinschauen. Denn selbst unter dem Etikett "soziale Gerechtigkeit" verbirgt sich vielfach eine asoziale Ungerechtigkeit.

Wir als Fraktion halten soziale Gerechtigkeit für ein hohes und schützenswertes Gut. Sie ist nicht nur Ausdruck von Menschlichkeit und Solidarität, sondern Voraussetzung für sozialen Frieden und damit ein gedeihliches Zusammenleben. Wenn aber die Keimzelle unseres Wohlstands – die von Ludwig Erhard beschriebene "Soziale Marktwirtschaft" – zunehmend zugunsten einer Umverteilung nach sozialistischem Vorbild erodiert, geraten wir schneller als uns lieb ist in eine Spirale, die aus einer erfolgreichen Win-Win- eine kaum noch korrigierbare Loose-Loose-Situation macht.

Kann das wirklich passieren? Von den 17 sog. Produktbereichen im Haushaltsentwurf heißt nur einer "Soziale Leistungen". Schaut man allerdings genauer hin, so findet man in praktisch allen Bereichen Kostensätze, die den Tatbestand der Umverteilung erfüllen.

Hier werden wir – und das sollten wir alle! – immer ganz genau hinschauen, wenn es um die Beschlussfassung zu einzelnen Ausgaben geht. Wir sollten uns auch niemals einer oft fragwürdigen moralischen Erpressung beugen, die von den eifrigsten der Umverteiler so gerne benutzt wird, sondern nach Vernunft und Verantwortung entscheiden.

Diese Verantwortung erfordert es angesichts der Vielfalt der Aufgaben beispielsweise, alle nicht unbedingt notwendigen Projekte auf Eis zu legen. Vieles von dem, was manche von uns als "unabdingbar" und/oder "alternativlos" darstellen, kann (und muss!) man erst einmal in Frage stellen. Ist jede gut gemeinte Idee auch wirklich sinnvoll? Wenn man z.B. in der ohnehin grünen Stadt Deutschlands die gesetzlichen Vorgaben in Sachen Klima- und Umweltschutz nochmals toppen will, dann ist dies ein Luxus, den wir uns derzeit schlicht nicht leisten können. Gleiches gilt, wenn wir gesetzlich vorgegebene Abschiebungen nicht durchführen, sondern illegal hier lebende Scheinasylanten weiter alimentieren. Vorrangig politisch bzw. ideologisch motivierte Projekte haben einfach keinen Platz in einem Haushalt, der massiv an strukturellen Defiziten und Altschulden krankt.

Man muss wahrlich kein Prophet (und auch kein ausgesprochener Pessimist) sein, um die für die Folgejahre zugrunde gelegten Steuererträge als überholt zu klassifizieren. Eine derart angeschlagene Wirtschaft, wie sie die Corona-Maßnahmen heute schon hervorgebracht hat, wird kaum in der Lage sein, optimistische Prognosen aus 2019 oder Anfang 2020 zu erfüllen. Dies in Verbindung mit der Tatsache, dass sich die Stadt Siegen seit 1994 in der Haushaltssicherung befindet und einen Schuldenberg von rd. 235 Mio. € vor sich her und unseren Kindern zuschiebt. 235 Mio. € Kassenkredite – eine abstrakte Zahl?

Das sind rund 10.000 € Schulden für jeden einzelnen Nettosteuerzahler in Siegen. Die Schulden von Bund und Land kommen noch hinzu. Das ist nicht abstrakt – das ist sehr konkret!

Und das würde nicht einmal weniger, wenn wir einen ausgeglichenen Haushalt hätten. Den aber haben wir nicht, nicht nach diesem Entwurf. Vielmehr packen wir nochmals ein paar Millionen oben drauf.

Vor diesem Hintergrund ist die Mindestanforderung, die wir stellen, ein nach den vorgelegten Zahlen ausgeglichener Haushalt. Also müssen wir auf der Ausgabenseite nachbessern, und zwar erheblich. Das sollte in gemeinsamer Anstrengung auch möglich sein,

wenn wir unsere Entscheidungen klug, besonnen, verantwortungsbewusst und pragmatisch treffen. Wenn wir uns den Luxus leisten, auf Luxus zu verzichten.

Unser Stadtkämmerer Wolfgang Cavelius schreibt in seiner Schlussbetrachtung u.a.:

"Insofern fällt es an dieser Stelle schwer, einen optimistischen Ausblick auf die Kommunalfinanzen zu geben."

Es ist dieser Satz, den wir uns bei jeder Diskussion über Ausgaben vor Augen halten müssen. Es sind unsere jeweiligen Parteien, die uns in den Rat entsandt haben – aber unsere damit einher gehende Verpflichtung gilt nur dem Wohl der Bürger Siegens. Diese Maxime eint uns und sollte ausreichen, um bei finanzrelevanten Entscheidungen gemeinsam im Sinne eines zukunftsfähigen Haushalts zu entscheiden.

So ist es am Ende keine Kritik an der offensichtlich sehr fachkundigen Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs 2021 generell, wenn wir unsere Zustimmung verweigern müssen. Sondern die Konsequenz aus den dramatischen Negativentwicklungen als Folge der Corona-Maßnahmen und die dabei zu erwartenden Einnahmeverluste.

Die Verantwortung des Bürgermeisters, der Verwaltung, aller Fraktionen und jedes einzelnen Stadtratsmitglieds liegt im Wohle unserer Heimatstadt Siegen und seiner Bürger. Die schwierigen Zeiten, die uns bevorstehen, können nun der Motor dafür sein, dass wir uns im Sinne der gemeinsamen Aufgabe auf unsere Gemeinsamkeiten statt im Einzelfall unterschiedlichen Positionen konzentrieren und uns gegen-seitiges Vertrauen schenken. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in diesem Geiste eine erfolgreiche Arbeit leisten und die viel zu tiefen Sorgenfalten unseres Stadtkämmerers nachhaltig glätten können.

Für die AfD-Fraktion  
Michael Schwarzer

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## **Fraktion Die Linke**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Cavelius,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Medienvertreter,

seit wir uns das letzte Mal zur Beratung des Haushaltes zusammengefunden haben, ist nunmehr ein Jahr vergangen. Ein Jahr, das uns Probleme gebracht hat, die so von niemandem auch nur in Ansätzen zu erahnen waren. Statt wie sonst über die Höhe von Gewerbesteuerereinnahmen zu philosophieren, standen Begriffe wie Lockdown, Inzidenzwert oder Maskenpflicht im Vordergrund.

In einer der letzten Sitzungen des HFA vor dem Lockdown berichtete Herr Cavelius, dass der angestrebte Haushaltsausgleich 2022 eigentlich geschafft werden würde und nun durch die Pandemie und die damit verbundenen Probleme wieder in weite Ferne rücken würde. Die wegen der besonderen Umstände wegfallenden Gewerbesteuerereinnahmen konnten nur durch die vom Bund aufgelegten Coronahilfen aufgefangen werden. Wäre das nicht der Fall, würde Siegen unaufhaltsam in Richtung Nothaushalt abdriften.

Allerdings kann die aktuelle Situation nicht davon ablenken, dass ansonsten das

Konnexitätsprinzip (Wer die Musik bestellt, soll sie auch zahlen.) immer noch nicht ausreichend eingehalten wird.

Bereits im vergangenen Jahr ist uns aufgefallen, dass die Verwaltung Probleme hatte, die anstehenden Aufgaben zu erledigen. Seit kurzem aber ist es so, dass die Verwaltung immer öfter Aufgaben mit der Begründung ablehnt, dass man dafür nicht genügend Personal habe. Es kann nicht sein, dass wichtige Aufgaben deswegen nicht in Angriff genommen werden können und der Stadt dadurch sogar Fördergelder verloren gehen, weil sie personell unterbesetzt ist.

Es ist an der Zeit, endlich diesen unsäglichen Beschluss über die Nichtbesetzung von freiwerdenden Stellen wieder aufzuheben, damit die Verwaltung in die Lage versetzt wird, das dringend benötigte Personal einzustellen.

Nur wenn auch genügend Personal da ist, welches fair bezahlt wird, kann die Verwaltung gute Arbeit leisten - wie sie zum Wohle der Bürger auch zu erwarten ist. Ständig an der Obergrenze der Belastbarkeit arbeitende Mitarbeiter werden öfter krank und können daher ihren eigenen Anforderungen nicht gerecht werden.

Es gibt nach wie vor zu wenige Frauen im öffentlichen Dienst. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und lange bekannt. Frauen sind nach wie vor diejenigen, die maßgeblich die Kinder betreuen und die oft die Care-Arbeit leisten. Dies zeigt sich ganz besonders in der Corona-Pandemie.

Der Öffentliche Dienst soll die Erfüllung aller Aufgaben sichern, die der Staat zu leisten hat. Vom Finanzamt über das Krankenhaus bis zum Justizvollzug, von der Schule über die Müllabfuhr bis zum Öffentlichen Nahverkehr bewegt sich die Bandbreite der ureigenen Arbeitsfelder des Öffentlichen Dienstes. Rund 4,7 Millionen Menschen arbeiten in der Bundesrepublik in diesem Bereich als Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Soldatinnen und Soldaten oder im Angestelltenverhältnis. Mehr als die Hälfte davon sind Frauen.

Von 1991 bis 2008 hat sich die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von 6,4 auf 4,5 Millionen verringert. Nach einer leichten Erholung in den Folgejahren ist die Zahl der Beschäftigten zuletzt erneut gesunken. Dabei gibt es einen enormen Bedarf an sozialen Dienstleistungen. Wenn alle Frauen, die dies möchten, einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden, wären mehrere Hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze in der Kinderbetreuung nötig.

Da die Menschen immer älter werden, braucht es zudem zukünftig auch viele Altenpflegekräfte mehr. Außerdem gibt es in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit Bedarf nach mehr sozialen Dienstleistungen. Skandinavien kann als Beispiel dienen: in Schweden und Norwegen arbeitet fast jede und jeder dritte Beschäftigte für den Staat, deutlich mehr als in Deutschland.

Wir wollen eine Demokratisierung des Öffentlichen Dienstes. Die Beschäftigten müssen ihre vielfältigen Ideen und Vorschläge einbringen können. Sie bzw. ihre Personalvertretungen und die Gewerkschaften müssen in jeder Phase gleichberechtigt mitentscheiden können.

Im privaten und auch im kommunalen Bereich muss man überlegen, wofür man das eigene Geld ausgibt. An dem Ergebnis kann man die jeweiligen Lebens-Absichten erkennen und manchmal kommt dabei eine eher unfreiwillige Selbst-Enthüllung zustande.



Die Universitätsstadt Siegen hat in den vergangenen Jahren in manchen öffentlichen Räumen eine erfreuliche Entwicklung gezeigt. Sie ist attraktiver geworden, die Bevölkerung hat Gelegenheiten bekommen, sich zu treffen – auch ohne den Zwang zum Konsum. Wenn die Uni in die Stadt kommt, wird das kulturelle Klima lebendiger.

Und doch: Der Markt der Möglichkeiten hat auch hier keine „unsichtbare Hand“, die alles zum Besten aller regelt. Wichtige kommunale Bereiche, die das Leben der Bevölkerung bestimmen, werden auf dem Marktplatz einzelner kommunaler Akteure ausgehandelt.

Schule und (Rad)Verkehr sind zwei dieser Bereiche.

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie schlecht die Siegener Schulen digital aufgestellt sind. Unterschiedliche Software, unterschiedliche Dateiformate, überforderte Server, unklarer Datenschutz, Ungewissheit über den Verbleib von Dateien, ...

Die LINKE hat in der Sitzung des „Ausschuss für Schule und Bildung“ am 07. März 2019 gefordert, ein Leitbild und ein Konzept für einen „Digitalen Schulcampus Siegen“ zu entwickeln.

Schulen sollten sich gegenseitig digital „sehen“ können in diesem Campus, Arbeiten von Schülern austauschen und Begegnungen zwischen Schulen organisieren können – auch über die Grenzen von Schulformen hinweg. Erfahrungen der Stadt Unna in dieser Hinsicht sollten durch einen Vortrag von dort genutzt werden.

Laut Protokoll der Sitzung im März 2019 „... sieht der Ausschuss keine Notwendigkeit einen Vortrag über das Projekt der Kreisstadt Unna zu organisieren und lehnt den Antrag der Fraktion Die Linke mehrheitlich ab.“

Die Stadt Siegen überlässt den einzelnen Schulen und ihren reicheren oder ärmeren Fördervereinen das Feld. Beschämend wird es, wenn Schüler der Hauptschule Achenbach sagen „Wenn wir ein Gymnasium wären, hätten wir das auch“ (Äußerung einer Schülerin) – zum Beispiel Sportanlagen im Außenbereich ohne Löcher im Boden. Geschlossen auch jetzt in der ohnehin bewegungsarmen Corona-Krise.

Der „Nationale Radverkehrsplan 2020“ der Bundesregierung gilt nach Aussage des ADFC als weitgehend gescheitert.

Eine Umsetzung der Anregungen und Vorgaben des Bundes ist abhängig vom Willen der Länder und vor allem der Kommunen. Es ist vor allem die Ansprache einer Kommune an ihre Bürgerinnen und Bürger, die hier den Unterschied machen kann zwischen dem Radverkehr als „geduldete Exotik“ und dem Radverkehr als „Verkehrsmittel städtischer Zukunft“.

„Im Verhältnis zur Infrastruktur sind Kommunikationsmaßnahmen zwar nicht kostenlos, aber überaus kosteneffizient. Sie sind in jedem Stadium der Radverkehrsförderung erforderlich. Wichtig ist die Erkenntnis, dass kein Zeitpunkt ‘zu früh’ und kein Budget ‘zu klein’ ist.“ (Quelle: Nationaler Radverkehrsplan 2020, Seite 37)

Auch hier investiert die Stadt Siegen baulich in Verbesserungen der Infrastruktur, überlässt das Geschehen auf den Straßen aber dem Kampf der beteiligten Akteure. Ohne klare kommunikative Botschaft, ob sie den Autoverkehr im städtischen Raum begrenzen und einschränken will.

Der Autoverkehr braucht sich somit nicht angesprochen zu fühlen, zu einem rücksichtsvolleren, langsameren und nachhaltigeren Verkehrsgeschehen beizutragen. Trotz des sichtbar größeren Anteils des Radverkehrs auf den Straßen auch der Universitätsstadt Siegen.

Auch in den Bereichen Schule und (Rad)Verkehr hat die Corona-Krise gezeigt, wo unsere Kommune das Geld einsetzen könnte, um das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger sozial

gerechter und im Alltag sicherer und entspannter zu machen. Wenn sie es nicht tut, gibt sie zu erkennen, dass sie das kommunale Leben dem Markt überlässt.

Unsere Stadt ist bunt und ein sicherer Hafen, das muss weiterhin der gemeinsame Anspruch aller Demokrat•innen bleiben.

Durch die soziale Ungerechtigkeit ist der Rechtsradikalismus salonfähiger gemacht worden; Hass, Hetze und rechte Gewalt sind leider keine Seltenheit mehr.

Wenn Rechtsradikale mit Propagandaständen und rassistischen Slogans aufmarschieren, denken wahrscheinlich einige es betrifft sie nicht, aber für viele Bürgerinnen und Bürger ist dies unerträglich.

Wegschauen und Ignorieren wäre nicht nur fahrlässig, gefährlich und geschichtsvergessen, sondern verspielt das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie.

Politik und Verwaltung müssen sich hellwach ihrer Verantwortung für **alle** Menschen, egal welcher Herkunft, bewusst werden, um gemeinsam mit der starken Zivilgesellschaft unserer Stadt und mit allen demokratischen antifaschistischen Akteuren gegen die zunehmende rechtsextreme Bedrohung zu handeln.

Wir halten weiterhin die Einrichtung eines Arbeitskreises zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus für erforderlich.

Erinnerungskulturell scheint sich in der letzten Zeit eine positive Entwicklung zu vollziehen, was uns für die Zukunft hoffen lässt.

Erst im Nachhinein und nach einigem Hin-und-her wurde der von der Mehrheit des Kulturausschusses beschlossene Tafeltext für die Fissmer-Anlage an entscheidenden Punkten verbessert und zu einer öffentlich präsentablen und akzeptablen Grundlage für die weitere Beschäftigung mit der umstrittenen Persönlichkeit gemacht. Zukünftig sollte die Devise sein "Erst ausführlich und kompetent diskutieren, dann beschließen."

Wir setzen in dieser Hinsicht große Hoffnungen auf den neu gegründeten Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen in Siegen“. Zu dessen ersten Aufgaben wird es gehören, den Namen Lothar Irle endlich aus dem Siegener Straßenverzeichnis zu entfernen.

Wir wünschen den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Siegen und der Kommune als Ganzes trotz alledem und alledem ein gutes Jahr 2021, ein friedliches und soziales Zusammenleben und eine gute wirtschaftliche Entwicklung!

Glück auf!

xx

## **FDP-Fraktion**

Meine Damen und Herren,

das sind aufregende Zeiten, in denen wir leben. Ein Jahr mit der Corona-Pandemie, ein Jahr, in der die Kommunalwahlen die Verhältnisse gründlich auf den Kopf gestellt haben, und ein Jahr vor dem Jahr, in dem wir nicht wissen, wie's eigentlich weitergehen soll.

### **Zu den neuen Mehrheiten:**

Nach den Kommunalwahlen haben wir als FDP-Fraktion entschieden, uns nicht mehr an der Jamaika-Koalition zu beteiligen.

Als man sich mit der SPD als Juniorpartner auf eine Kooperationsgemeinschaft geeinigt hatte, schrieb der CDU-Stadtverbandsvorsitzende seine Mitgliedschaft an, ob man denn mit einer solchen Kooperationsvereinbarung einverstanden sein könne.

Wenn man es an der Zahl der Rückmeldungen bemisst, so war das Interesse der christdemokratischen Basis relativ bescheiden: Gerade vier Mitglieder äußerten sich mit Hinweisen oder Vorschlägen. Zu entscheiden gab es ja auch nichts, die neugewählte Fraktionsspitze hatte ja schon faktisch alles beschlossen. Zu sagen hatte die Basis bei der CDU nichts mehr.

Auch bei der SPD ging es an die Mitgliedschaft. 86 Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung über die Kooperation, etwa 60 waren dafür. Wenn man weiß, dass die SPD-Fraktion etwa 60 Mitglieder hat, kommt man schon ins Grübeln bezüglich Basisdemokratie und einem Dreiviertel-Votum für die Kooperation.

Dann geht der Stadtverbandsvorsitzende der CDU her und teilt seinen Mitgliedern mit, es gehe der FDP um scheinbar lukrative Pöstchen, nachdem sie sich aus Jamaika verabschiedet hatte. Herr Kamieth weiß natürlich selber ganz genau, dass diese lukrativen Pöstchen früher von der CDU gehalten wurden und dass es den Amtsinhabern ganz offensichtlich sehr leidtat, dass sie diese „Pöstchen“ verloren haben. Hinzufügen muss man auch, dass eben jener offensichtlich sich beleidigt führende Herr Kamieth einer von denen war, die ein lukratives Pöstchen verloren hatte. Er war nicht mehr erster stellvertretender Bürgermeister, er hat dieses Amt an Frau Jung von den Grünen verloren.

Ergänzend dazu verweise ich auf die Position des Vorsitzenden des Risikoausschusses der Sparkasse und des Vorsitzenden des Bilanzprüfungsausschusses der Sparkasse, den SPD und CDU in der Kooperationsvereinbarung brüderlich unter sich aufzuteilen gedachten. So wird der Vorwurf des Stadtverbandsvorsitzenden der CDU dann ein Vorwurf an die CDU selber.

### **Die Kooperationsvereinbarung:**

Wir sind auch ins Grübeln geraten, als wir die Kooperationsvereinbarung gelesen haben, nämlich mit der Frage auf den Lippen, was da ja eigentlich an neuen Dingen drinstehen könnte.

Es fand sich: Nichts. Im Gegenteil: Wir werden, wenn sich die Programmpunkte aus der Kooperationsvereinbarung bewahrheiten sollten, mit unserem Haushalt und mit unserer Glaubwürdigkeit als Rat Riesenprobleme bekommen.

### **KAG**

Nehmen wir als Beispiel die Ankündigung, 1 Million € für ein Deckenprogramm für die kommunalen Straßen bereitzustellen. Wollen Sie wirklich den Anliegern der Straße `Im Samelsfeld` in Achenbach erklären, dass sie eine dünne Decke über ihre Straße gewalzt bekommt? Nein. Die Straße wird aufgerissen, weil die Versorger hier Kabel legen wollen und weil die Verkehrsbetriebe andere Anforderungen an den Busverkehr ermöglichen möchten. In diesem Fall werden die KAG-Beiträge zwingend fällig: Bei etwa 30 Häusern beläuft sich der Eigenanteil der Hausbesitzer auf 900.000 €, Stand heute. Wenn Sie erzählen wollen, dass Sie mit der Kooperationsvereinbarung etwas gegen die KAG-Beiträge bewirken wollen, dann führen Sie die Anwohner der Straße im `Samelsfeld`, die Anwohner der `Ludwig-Kenter-Straße` und vieler anderer Straßen, die jetzt schon als KAG-Projekte ausgewiesen sind, hinter die Fichte: **Sie verkaufen diese Menschen für dumm.** Sie müssen Lösungen liefern, die den Anliegern wirklich helfen. Aber das wollen Sie offensichtlich nicht.

Man darf die die CDU an ihre eigenen Beschlüsse erinnern: Der CDU-Kreisparteitag hat im Jahr 2019 beschlossen, dass es für die KAG-Beiträge Lösungen geben muss. Die Siegener CDU

hat hier Lösungen gefunden, die keine sind, sondern die die Anwohner richtig Geld kosten werden. Herr Kamieth hat ja im Landtag für die Beibehaltung des KAG-Systems gestimmt. Vielleicht sollte er mehr Zeit darauf verwenden, sich im Landtag für die Interessen der Hausbesitzer zu verwenden, statt in Siegen Potemkinsche Dörfer aufzubauen.

Bis heute warten wir auch auf Äußerungen der Verwaltung, inwieweit sie das Landesprogramm anzapfen will, ob es überhaupt Sinn macht und nicht zuletzt, wann wir mit dem Straßen- und Wegeprogramm rechnen dürfen, das das Land jetzt von allen Kommunen fordert.

### **Personalplanungen:**

Ins Grübeln sind wir auch geraten, als wir die Personalpläne der schwarz-roten Kooperation zur Kenntnis nehmen mussten.

Die Wiederwahl des Baubeigeordneten ist beschlossen. Kein Problem.

Ins Grübeln geraten sind wir dagegen, als wir lasen, dass das Vorschlagsrecht für die Rolle des Geschäftsbereichsleiters 2 bei der CDU liege. Wir schließen messerscharf daraus, dass die CDU den christdemokratischen Beigeordneten nicht wiederwählen will, sonst hätte sie es ja in die Kooperationsvereinbarung hineingeschrieben und die SPD hätte es toleriert. Wir möchten gerne wissen, warum die CDU mit der Ordnungspolitik in Siegen nicht einverstanden ist. Im Ordnungsausschuss konnte man dazu nicht viel feststellen, er hat nämlich nur ein einziges Mal getagt.

Oder die von uns angestoßene Debatte um Tiny Houses: In Kreuztal und Hilchenbach werden die ersten Baugebiete für diese Form des Wohnens vorbereitet, Siegen hinkt dank der engagierten Ignoranz unserer SPD unter tätiger Mithilfe der CDU hinterher. Und es gibt Interesse, wie wir von vielen Siegener Bürgerinnen und Bürgern erfahren haben – bis hin zu der Frage, was jetzt eigentlich passiert, wenn ein geeignetes Grundstück angeboten wird und ob die ablehnende Haltung der Ratsmehrheit sich hier zum Nachteil der Investoren durchziehen wird.

### **Aktuelle Anträge zum Rat:**

Und jetzt die verblüffende Idee, zur Ratssitzung gemeinsam mit der CDU ein Bündel von Anträgen einzureichen, die vorher nicht einen Ausschuss auch nur gestreift hätten. Als Jamaika sich einmal einer solchen Taktik befleißigte, hat die SPD lautstark ihr Leid geklagt. Jetzt machen es die Genossen selber.

Im KrönchenCenter soll eine kulturelle Markthalle eingerichtet werden. Wir brauchen diese Flächen aber als Ladenflächen, damit die Oberstadt weiter Kunden anzieht, die auch in den anderen Läden einkaufen und dann die kulturellen Angebote nutzen, die im KrönchenCenter sowieso vorgehalten werden. Wir haben keinen gravierenden Mangel an Kulturfläche, wir haben einen Mangel an Kreativität, diese Flächen zu nutzen. Im Übrigen: Wollen Sie den Wochenmarkt kaputtmachen?

1000 Wohnungen für Siegen will die Kooperation. Und ich hatte schon gedacht, wir seien mit der Entwicklung von Wohnbauflächen schon mittendrin in diesem Prozess. Lassen Sie uns und die Verwaltung in Ruhe weiter an der Realität arbeiten, Sie dürfen dann an Ihren Potemkinschen Dörfern weiterarbeiten.

Zum Thema Wohnen schaffte es die Kooperation, weit hinter dem zurückzubleiben, was im Rat schon lange Konsens war.

Die Mehrausstattung der Stadtmarketing GmbH bleibt hinter unseren ursprünglichen Erwartungen zurück, ist in diesem Jahr aber noch auskömmlich. Im nächsten Jahr werden wir dieses Thema neu beraten müssen.

Die beste Anmerkung zu den Haushaltsanträgen der schwarz-roten Arbeitsgemeinschaft kommt von der SPD:

*„Alle Jahre wieder: Zum Haushalt präsentieren die GRÜNEN unter dem Label ‚JAMAICA‘ einen Katalog von Anträgen zum Gesamthaushalt. Eine interessante Methode, sein politisches Profil zu stärken und Anträge durchzusetzen, ohne sich dabei der Mühe der Bezirks- und Fachausschussberatungen zu unterziehen. Es sind gerade die GRÜNEN, die immer in Richtung Verwaltung oder auch der übrigen Fraktionen die Beratung in den Fachausschüssen („Einhaltung des Beratungsgangs“) einfordern. Sie fordern stets eine frühzeitige Vorlage der Unterlagen, um sachgerecht beraten zu können. Heute wird wieder einmal deutlich, dass sich hier Anspruch und Wirklichkeit diametral gegenüberstehen. Diese Vorgehensweise ist nicht nur ärgerlich, sondern schadet auch – aus unserer Sicht – der demokratischen Kultur.“*

Das war Detlef Rujanski in der Haushaltsrede 2019, in der er auf die Grünen und Jamaika schimpfte – zu Recht, wie wir schon damals zugestanden haben. Über zwei Jahre hinweg kann man aber schon mal etwas vergessen und genau nach diesem Prinzip zur Haushaltsdiskussion 2021 Anträge direkt in den Rat einbringen und die Fachausschüsse übergehen, oder, wie es der Dichter sagt:

**„Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche“.**

#### **Ein Zwischenfazit:**

##### **Schon die ersten Monate der schwarz-roten Gemeinschaft sind ein Desaster.**

Wir sehen in der Kooperationsvereinbarung eine Ansammlung von Banalitäten, die weit hinter dem zurückbleibt, was Jamaika vereinbart hat. Als Beispiel: CDU und SPD wollen künftig den Autoverkehr aus der Innenstadt heraushalten und dabei auch Überlegungen zum Siegbertunnel wieder neu beleben. So sympathisch eine Lösung Siegbertunnel wäre, realistisch ist ein Bau (wenn überhaupt) frühestens in 25 Jahren. Wir wissen aber noch lange nicht, wie sich der Verkehr in den nächsten 25 Jahren entwickelt. Das rasante Tempo der technischen Entwicklung lässt mich vermuten, dass wir über ganz andere Dinge nachdenken müssten.

Die Versuche der FDP dagegen, im Koalitionsausschuss der Jamaika-Koalition zum Beispiel für die stark belastete Giersbergstraße und den Hohler Weg kurzfristige Lösungen zu schaffen, wurden seinerzeit nicht aufgegriffen.

#### **Einzelhandel:**

Nur in einem Punkt zeigt man wirklichen Eifer: Wir dürfen heute sicher sein, dass beim Elh-Gelände wieder der Aldi durch die Hintertür eingebracht werden soll, auf die Gefahr hin, dass der Einzelhandelsstandort Geisweid dadurch den Todesstoß erhalten würde. Tatsache ist, dass das Einzelhandelsentwicklungskonzept 2013 einmütig auch von SPD und CDU verabschiedet wurden. Damals war völlig selbstverständlicher Konsens, was heute nicht mehr zu gelten scheint. Das Einzelhandelsentwicklungskonzept gilt aber in der Bauleitplanung und damit im Baugesetz als besonders zu berücksichtigen. Das hat gute Gründe: Mit einem solchen Sündenfall hätte man ähnlichen Ansiedlungswünschen im ganzen Stadtgebiet außerhalb der Kernzonen nichts mehr entgegenzusetzen.

Der Einzelhandelsstandort Geisweid wird von CDU und SPD Privatinteressen zum Opfer gebracht. Darüber hinaus müssen wir uns mit Fortschreibungen gar nicht mehr befassen, wenn es reicht, dass sich Investoren Studien zimmern lassen, die die Unbedenklichkeit

bescheinigen, Studien bei der Gelegenheit, bei der die zu beauftragenden Gutachter schon vor der Arbeitsaufnahme wissen, dass ein Aldi an dieser Stelle toll wäre – und, Klammer auf, - vor sieben Jahren in derselben Situation noch etwas ganz Anderes geschrieben hatten.

**So gesehen scheint irgendjemand die Arbeitsgemeinschaft für ein paar Minuten unter Strom gesetzt zu haben, damit wenigstens der Anschein von Kreativität in Sachen Anträge entsteht.**

Die Frage der Ordnungspolitik steht dennoch weiter auf der Tagesordnung. Eine schwarze oder eine rote Handschrift ist auch hier nicht erkennbar - im Gegenteil haben wir bei der Diskussion der Partys an der Nikolaikirche und dem Problem des 3. Weges auf der Hammerhütte überhaupt keine Handschrift festgestellt, wie man diesen Problemen begegnen könnte.

So unappetitlich das Neonazi-Aufkommen auf der Hammerhütte auch ist, wir haben größere Probleme zu lösen, so große Probleme wie selten in der jüngeren Sieger Geschichte.

Wir wissen bis heute nicht, wie sich der Haushalt in Siegen durch die Pandemie bedingten Steuerausfälle entwickeln wird und welche Konsequenzen das für den Haushaltsausgleich/für den Nothaushalt im Jahr 2022 haben wird. Ebenso wenig wissen wir, wie sich der Einzelhandel in Siegen durch die Corona-Pandemie entwickeln wird. Wir wissen noch nicht, welche Geschäfte die Krise überleben werden. Auch insofern – ich komme auf das Elia-Gelände zurück – wäre eine Lex Elia ein absoluter Sündenfall. Wir wissen nicht, wie es weitergeht mit dem Einzelhandel, wir haben kein Konzept für die Ortsmitte, die Fortschreibung lässt auf sich warten – aber dem Grundstücksbesitzer wird bei der Profitmaximierung geholfen. Danke, SPD.

Die Corona-Pandemie ist nur ein Brandbeschleuniger für ein grundsätzliches Problem des Einzelhandels, nämlich der Frage, wie der stationäre Handel sich dem Ansturm des Online-Handels entgegenstellen kann. Wir müssen hier deutlich mehr tun und unsere Stadtgestaltung neu aufstellen.

Bestenfalls werden wir neue Gestaltungsspielräume bekommen – vor allem in den zentralen Stadtquartieren. Denken Sie doch mal daran, was in den letzten Jahren passiert ist: die Mietpreise stiegen geradezu unglaublich an und das führte dazu, dass viele renditeschwächere Nutzungen wie etwa Einzelhandel, Handwerk, Kultur und Soziales aus den zentralen Quartieren verdrängt wurden. Die Krise können wir jetzt dazu nutzen, Vielfalt und Lebensqualität wiederherzustellen. Ganz wichtig dabei ist es, die innerstädtische Wohnfunktion zu wahren, durch die eine Grundnachfrage und -belegung gesichert wird. Die Erdgeschosszonen werden als Teil des öffentlichen Raums akzeptiert und darin ein breiter Nutzungsmix kuratiert\*. Das kann dazu führen, dass unsere Innenstädte noch viel mehr als früher Lebensraum werden.

So ganz tatenlos kommen wir aber nicht zu diesem wunderbaren Zustand. Dass die Verwaltungsspitze in dieser Frage gar so schweigsam ist, ist für meine Begriffe zu wenig.

### **Schulpolitik:**

Wir dürfen jetzt davon ausgehen, dass der Versuch der Kooperationsgemeinschaft, über eine vierte Gesamtschule in Siegen nachzudenken, zu einem betrüblichen Ergebnis führen würde, nämlich dazu, dass dann mindestens ein, wahrscheinlich aber gleich zwei Gymnasien schließen müssten. Und wenn es nur das wäre: Auch die letzte verbliebene Hauptschule in Siegen wäre in ihrem Bestand gefährdet und damit auch eine gezielte pädagogische Arbeit für die Schülerinnen und Schüler, die es am nötigsten haben.

Das ist so eine Abkehr von 50 Jahren christdemokratischer Schulpolitik, dass man nur sagen kann: Viel Spaß beim Schlachten von Gymnasien und Hauptschulen, liebe CDU. Wir stehen dafür nicht zur Verfügung. Wir stehen auch nicht zur Verfügung, wenn es darum geht, Realschulen und die Hauptschule zu beschädigen. Wir sind gespannt darauf, wie die Verwaltung die Lage einschätzt.

Wir haben auch ganz andere Probleme in der Bildungspolitik in Siegen, Probleme, die nicht erst durch Corona entstanden sind. Das System der Bereitstellung von iPads für Schülerinnen, Schüler und Lehrer ist offensichtlich problembehaftet. Und wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: Überall da, wo es um SPD-Positionen geht, hat der Kooperationsausschuss mit Konsequenz die Worte „prüfen“ oder „Prüfauftag“ hineingeschrieben. Übersetzt bedeutet das, dass die Verwaltung diese SPD-Forderungen totprüfen wird. So werden dann vermutlich auch in der Konsequenz zwei Gymnasien gerettet werden und wir vielleicht die SPD schließen müssen.

### **Wirtschaftspolitik:**

Es gibt auch zum Thema Wirtschaftspolitik einiges zu sagen. Wir finden es sehr apart, was sich die Verwaltung zur Konzeption des Gewerbegebietes Martinshardt II hat einfallen lassen. Wir finden diese Ansätze sympathisch. Verschlafen hat die Verwaltungsspitze und die angeschlossene schwarz-rote Gemeinschaft aber offensichtlich, dass der Bürgermeister sich bereits vor Jahren gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg kategorisch gegen ein Gewerbegebiet Oberschelden und Seelbach ausgesprochen hat. Das geht jedenfalls aus einem Schreiben des Bürgermeisters an die Bezirksregierung hervor, in dem die vielen Probleme aufgezählt werden, die der Verwirklichung des Gewerbegebietes Oberschelden entgegenstehen. Ein Hauptargument des Bürgermeisters gegen das Oberscheldener Gewerbegebiet war, dass man ja noch gar nicht wisse, in welcher Form sich der fehlende Autobahnanschluss auswirke und wie der sechsspurige Ausbau der Sauerlandlinie letztendlich die Planungen beeinträchtigen. Dieser Autobahnanschluss war von allen Fraktionen im Jahr 2004 als zwingende Voraussetzung angesehen worden. Das war auch richtig so, weil niemand außer CDU und SPD wirklich will, dass der Lastwagenverkehr die Bewohner von Gosenbach, Oberschelden, Seelbach und Heisberg unerträglich belastet. Der sechsspurige Ausbau wird aber erst in vielen Jahren fertig sein.

Der damaligen Feststellung des Bürgermeisters ist auch nichts hinzuzufügen außer der Feststellung, dass man den Bürgermeister gelegentlich daran erinnern muss, dass er früher etwas zu Recht gesagt hat.

### **Kommunikation mit dem Bürger:**

Corona hat aber auch sehr deutlich gemacht, was ich in vielen vergangenen Haushaltsreden gefordert habe, nämlich, dass sich die städtische Kommunikationspolitik dringend ändern muss. Wir haben heute eine Kommunikationspolitik der Stadt, die nach wie vor davon ausgeht, dass sich die Bevölkerung über die Zeitungen bestens informieren lässt. Dabei wird hartnäckig ignoriert, dass über die Zeitungen nur noch 40 % der Menschen erreicht werden, das entspricht der Haushaltsabdeckung, die sich durch die Zeitungsabonnements rechnerisch ergibt. Wenn man aber in Kauf nimmt, dass sich die restlichen 60 % der Haushalte nicht oder nur unzureichend über soziale Medien ansprechen lassen, dann wird man seiner Verantwortung für die Information der Bevölkerung nicht gerecht. Gerade in der Corona-Pandemie durfte man beobachten, dass die Siegerinnen und Sieger oft hilflos vor vielen Allgemeinverordnungen der Stadt und des Kreises standen. Hier ist der Bürgermeister

- **ich sage ausdrücklich nicht die Pressestelle** - gescheitert. Der massive Vertrauensverlust in der Bevölkerung ist hausgemacht.

Vielleicht war das aber auch gewollt, weil der Bürgermeister die Beinfreiheit für seinen Kommunalwahlkampf behalten wollte. So war es ja auch: Er hat ja sogar die Video-Berichterstattung über Ratssitzung selber übernommen und dabei natürlich ganz nach eigenem Geschmack über die Punkte berichtet, die er für opportun hielt und die Punkte ausgeklammert, bei denen es möglicherweise Rückfragen oder Kritik gegeben hätte. Ich kann dazu nur sagen: Man sollte die Berichterstattung den Journalisten überlassen, die das beruflich machen. Diese Form von Scheinöffentlichkeit, die von der Verwaltungsspitze auf diesem Wege gestaltet wird, ist für die Demokratie nicht gut. Dafür hat die Öffentlichkeit seit der Kommunalwahl von ihrer gewählten Stadtspitze nicht mehr viel zu sehen bekommen, außer dass er gemeinsam mit dem Landrat bei einer Inzidenz von weit über 200 für ein Modellprojekt der Öffnung in Siegen geworben hat.

Wir brauchen eine Strategiewende in der Kommunikationspolitik. Wenn Sie in andere Städte sehen, werden Sie feststellen, dass die Entscheidungen des Sonderstabes für außergewöhnliche Ereignisse tagesgenau kommuniziert worden sind und die Öffentlichkeit keinen Grund hatte, sich über fehlende Information zu beklagen. In Siegen war das genau andersherum. Hier wurde sogar die Kommunalpolitik aus den Beratungen und Entscheidung des Sonderstabes herausgehalten. Ich fordere Sie eindringlich auf: Nehmen Sie die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ernst. Informieren Sie die Siegerinnen und Sieger ernsthaft darüber, was in dieser Stadt passiert und nicht nur so, wie es ihnen gerade in den politischen Kram passt.

#### **Corona:**

Nach einem Jahr Corona ist deutlich geworden, dass diese Stadt nicht im Geringsten auf die Pandemie vorbereitet war. Noch schlimmer: Die Chancen, die Lerneffekte des Frühjahrs 2020 für den Herbst und Winter 2020 zu nutzen, sind schlicht und einfach ignoriert worden. Dasselbe gilt für den Respekt der Verwaltung vor Ratsbeschlüssen und deren Umsetzung. Dazu noch ein Beispiel: Im Neujahrsgruß des Bürgermeisters steckt zwar sehr viel Philosophie, aber nichts vom Appell des Rates, auf das Feuerwerk zu verzichten. Auch sonst findet sich in den Verlautbarungen der Stadt nichts von der Bitte, die der Rat an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet hat. Stattdessen wurde die Maskenpflichtzone einfach zur Feuerwerksverbotszone umgestrickt. Die Orte, an denen traditionell sehr viel Feuerwerk stattfindet, blieben vorsichtshalber ausgeklammert.

Die von mir in dieser Haushaltsrede genannten Punkte werden allesamt große Auswirkungen auf die künftigen Haushalte haben, wenn man sie ernsthaft angeht. Ich hoffe, Schwarz-Rot steht dem Neuaufbau der Verwaltung nach Corona nicht durch Aussitzen im Wege.

#### **Finanzen:**

Aus Düsseldorf kommen permanent positive Signale, was die Finanzierung der Corona-Kosten angeht. Die Kreisumlage wurde, wenn auch weniger als möglich und nötig, gesenkt. Aber ehrlich: Was erwarten Sie eigentlich, wer diese Coronaschäden irgendwann refinanzieren wird? Unsere Kinder natürlich. Unsere Enkel. Es ist wie immer: Wer nicht aufpasst, verliert. Die Konsequenzen aus diesem Katastrophenfall werden die Stadt Siegen über die nächsten 50 Jahre hinweg alljährlich mit einem Millionenbetrag belasten. Und wir werden nicht umhinkommen, die weitere Entwicklung sehr sorgfältig zu beobachten. Ich könnte mir vorstellen, dass eine vierte Welle oder eine neue Mutation oder die gute alte Grippe unser Gemeinwesen über seine Tragfähigkeit hinaus belasten wird. Und wer sagt uns



denn, dass diese Krise die letzte sein wird? Wir haben erlebt, dass im 5-Jahres-Rhythmus eine neue Krise oder ein neuer Ausnahmezustand uns hinwegschwappt. Im Jahr 2008 war es die Finanzkrise, im Jahr 2015 waren es die Flüchtlingskrise und jetzt haben wir die Coronakrise.

In Siegen lavieren wir um große Probleme unserer künftigen Planung herum: Wir wissen nicht, wie sich die Kosten für das Hallenbad weiterentwickeln werden und wo absehbare Mehrausgaben herkommen sollen; wir wissen nichts über die Zukunft des Rathausstandortes Weidenau. Wir wissen aber, dass allein eine Sanierung des Hauses einen satten zweistelligen Millionenbetrag kosten würde, ja, schon der Umzug in ein anderes Gebäude kostet einen siebenstelligen Betrag. Bedauerlicherweise hat der Rat sich ja verweigert, hier die Prüfung auf den Weg zu bringen. Wir werden das über die KEG nachholen.

Am Anfang meiner Haushaltsrede habe ich die Frage aufgeworfen, wie's eigentlich weitergehen soll. All das, was wir bisher über die künftige Politik der Gemeinschaft gelernt haben, lässt vermuten, dass in diesem Rat niemand weiß, wie es weitergehen soll und schon gar nicht CDU und SPD. Wir werden versuchen, Ihnen hilfreiche Hinweise zu geben, damit Sie aus dieser Orientierungslosigkeit herauskommen - zum Wohl dieser Stadt. Wir helfen Ihnen gerne, wenn Sie sich helfen lassen wollen.

Wenn wir heute sagen, dass wir diesem Haushalt nicht zustimmen, dann hat das wenig bis nichts mit der Arbeit der Kämmerei zu tun, sondern mit den Unwägbarkeiten, mit denen die Haushaltsplanung von außen belastet wird. Leider hat das Land dem Kämmerer auch in diesem Jahr keine Glaskugel zur Verfügung gestellt, und deswegen wissen wir nicht, ob es eine vierte Welle geben wird oder eine massive Steuererhöhung oder eine neue Krise, wir wissen nicht, wie viele Unternehmen die Krise überstehen werden. Wir wissen aber, dass die Vorgaben des Landes zur Steuerentwicklung in den kommenden Jahren sehr optimistisch waren - da spielte zu meinem großen Bedauern mal wieder die Politik in der Coronabewältigung eine große Rolle.

#### **Dankeschön:**

Und noch ein weiterer Hinweis, verbunden mit einem Dank: Wir haben in diesem Jahr gelernt, dass viele der angeblich so trägen und müden städtischen Bediensteten in der Krise überhaupt nicht träge und müde waren, sondern sehr viel geleistet haben. Ohne rathausintern vergleichen zu wollen, möchte ich dabei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst des Ordnungsamtes nennen, die aus unserer Sicht Herausragendes geleistet haben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

#### **Volt-Fraktion**

#### **In Europa zu Hause - im Sejjerland de'heim!**

*Zum Haushalt 2021 der Stadt Siegen*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

„Wir treten an!“ - ziemlich genau vor einem Jahr entschied sich eine Handvoll motivierter Mitglieder der europäischen Partei Volt in Siegen für die Teilnahme an der Kommunalwahl 2020. Eine europäische Partei in Siegen - was soll das eigentlich?

2016: Trump wurde zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Die Briten wählten sich aus der EU. Die AfD stand bundesweit bei 13%, in Sachsen-Anhalt sogar bei knapp 25%. Auch 2016: Aus einer europäisch-grenzübergreifenden Freundschaft entstand der Wunsch diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen; dem Rechtspopulismus, der Spaltung, dem Egoismus. Volt - die erste europäische Partei - wurde gegründet. Die Idee: In Europa - in jedem Land, in jeder Stadt - gibt es eine Partei, die überall für gleiche Politik, für gleiche Werte steht. Doch was verbindet uns über den ganzen Kontinent hinweg?

- Wir wollen einen **intelligenten Staat!** Bildung und Digitalisierung sind DIE Schlüsselemente des 21. Jahrhunderts.
- Wir wollen **wirtschaftliche Erneuerung!** Eine innovative Wirtschaft muss der Motor für den Fortschritt der Gesellschaft sein.
- Wir wollen **soziale Gleichberechtigung!** Niemand darf zurückgelassen werden - unabhängig von Geschlecht, Einkommen, Religion oder Herkunft.
- Wir wollen einen **globalen Ausgleich!** Europa muss mehr Verantwortung für seine Rolle bei globalen Herausforderungen übernehmen.
- Wir wollen eine **politisch aktive Bürgerschaft!** Die Menschen müssen befähigt werden, die Politik über Wahlen hinaus zu beeinflussen.

Diese Themen gehen wir an. In Europa, in Deutschland und in Siegen.

### Eine Europa-Partei in der Kommunalpolitik

Kommunalpolitik ist grundsätzlich eine tolle Sache und Siegen eine schöne und lebenswerte Stadt. Wir sind entweder hier geboren und verwurzelt oder fühlen uns in Siegen so wohl, dass wir bleiben möchten. Als gewählte Vertretung sind wir nah an den Menschen, können unseren unmittelbaren Lebensraum mit innovativen Ideen gestalten und sind frei von bundes- oder parteipolitischen Streitigkeiten. Es geht ja um die Sache - **es geht um die Zukunft unserer Stadt!** Das haben wir zumindest geglaubt ...

### Zum Haushalt der Stadt

Der Haushalt für das Jahr 2021 wirkt auf den ersten Blick, wie ... Ja, wie wirkt ein Haushalt denn eigentlich auf die Bürgerinnen und Bürger? **Unübersichtlich, intransparent & inkonsistent.** Ohne erkennbare Struktur werden an manchen Stellen Fortbildungskosten zu Personalkosten und Personalkosten zu Sachleistungen. Mal werden Produktgruppen bis ins Detail seziert, an anderen Stellen kann nicht mal erahnt werden, was sich hinter den einzelnen Produkten verbirgt. Wer - außer wenigen Auserwählten - soll das verstehen? Ein Antrag für mehr Bürgerbeteiligung - wenige Wochen alt - formulierte es wie folgt: *„Beispielhaft genannt sei hier der städtische Haushalt, der zwar öffentlich präsentiert wird, der aber selbst von routinierten Ratskolleg\*Innen kaum les- und verstehbar ist!“*

Statt die Anregung aufzunehmen und zu versichern den kommenden Haushalt transparenter zu gestalten, wird in der Folge auf Social-Media von „unfeinen Unterstellungen“ gesprochen. Man wird den Eindruck nicht los, dass es gar kein gesteigertes Interesse an einem **übersichtlichen, transparenten & konsistenten** Haushalt gibt, zudem das „Problem“ nicht neu ist. Sie, Herr Mues, sprachen noch im Jahr 2017 von „80 Klicks“ auf der Homepage des

Haushalts. Sie sprachen davon, dass sie „überrascht“ seien, da der städtische Haushalt doch „wesentlich für unsere Bürgerinnen und Bürger“ sei. Ich möchte Ihnen antworten, Herr Mues: **„Überrascht“ ist, wer die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürgern nicht kennt. „Überrascht“ ist, wer die aktuelle Politik für transparent hält. „Überrascht“ ist, wer sich nur alle 5 Jahre für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger interessiert.**

## Ein Blick in den Haushalt

### **Smart City**

Stadterneuerung? Ja, aber bitte mit Köpfchen. Unter dem schmucken Titel „Die Uni kommt in die Stadt“ wird eine ebenso notwendige wie richtige Politik fortgeführt. **Aktuell ist Siegen lediglich auf dem Ortsschild eine „Universitätsstadt“.** Das muss sich ändern! Smart City, ÖPNV, Fahrradinfrastruktur, Gastro- und Kneipenszene, Kultur und Freizeit im öffentlichen Raum - das alles fehlt im Haushalt 2021. „Fehlt doch gar nicht!“ wird die GroKo erwidern. Das ist, wie im Folgenden dargestellt wird, leider nicht richtig:

Man scheint im Rathaus Plaketten und Zertifikate sammeln zu wollen. So ist man „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“, man nennt sich „Fairtrade-Stadt“ und nun möchte man auch noch „Smart-City“ werden. **Weiß man im Rathaus eigentlich, was „Smart-City“ bedeutet?**

Smart-City bedeutet eine unkomplizierte Vernetzung von Waren, Daten und Akteuren.

Smart-City bedeutet eine digitale Verwaltung und in der Folge transparente Politik.

Smart-City bedeutet eine politisch aktive Bürgerschaft mit der Bereitschaft zu Teilen.

Smart-City bedeutet Nachhaltigkeit in Bau, Energie & Mobilität.

Ich sehe nicht, wer in der GroKo den Mut hat, diese Dinge konsequent umzusetzen. Vielleicht schafft man es dennoch an dieses Zertifikat zu kommen. Fairtrade-Stadt ist man schließlich auch geworden. Begründung damals: Beim Projekt *Siegen zu neuen Ufern* wurden Granitsteine eingesetzt, bei deren Herstellung Kinderarbeit ausgeschlossen werden konnte. Analog dazu wird man dann wohl Smart-City, weil man Bürgerumfragen per Postkarte verschickt und einen QR-Code darauf druckt. Der Haushalt 2021 gibt jedenfalls keine Hoffnung für wesentlich mehr. Für Volt bedeutet Smart-City mehr als nur eine Pressemitteilung - es ist eine Vision für eine Stadt, unsere Vision für Siegen!

### **Fahrradfahren wie in Kopenhagen!**

Sie erinnern sich vermutlich, damit haben wir geworben. Von Beginn an wurde uns entgegengehalten, dass Siegen doch nicht Kopenhagen sei und überhaupt: „Hier sind doch viel zu viele Berge!“ So nachvollziehbar die Einwände, so anders sehen wir das. Sie, Herr Mues, haben das Rathaus zu einem fahrradfreundlichen Arbeitgeber gemacht. Im vergangenen Sommer - kurz vor der Wahl - konnten die Bürgerinnen und Bürger mit Freude sehen, dass sie selbst das Auto immer häufiger stehen gelassen haben, um mit dem Fahrrad ins Rathaus zu gelangen. So vorbildlich, wie temporär. Hand aufs Herz, Herr Bürgermeister: Ist es in Siegen möglich mit dem Fahrrad sicher von Kaan Marienborn nach Siegen zu kommen? Würden Sie Kindern und Jugendlichen empfehlen von Kochs Ecke zur BlueBox mit dem Fahrrad zu fahren? Ich könnte das nicht. **Auch an dieser Stelle fehlt der Stadt ein Gesamtkonzept - im Haushalt sind einige wenige Maßnahmen vorgesehen, die aber eher mutlos wirken.** Wo bleibt der Fahrradweg auf der Sandstraße / auf der Hagener Straße? Auf einer Straße, die in großen Teilen vierspurig ist, sollte doch Platz für Fahrräder sein?! Wo

sind die Ideen, um eine sichere Fahrt aus Kaan in die Stadt zu ermöglichen? Können Nebenstraßen zu Fahrradstraßen werden? Eine Prüfung wäre angebracht. Wo sind die konkreten Umsetzungen für den Fahrradverkehr zwischen Siegen und Seelbach? Im Bereich Koblenzer Straße möchte man nun zur Tat schreiten. Es entsteht ein Fahrradweg zwischen Busspur und Fahrbahn, entgegen der Empfehlung des ADFC. Dass einzelne Fraktionen ebenfalls Einwände haben, wird auf Social Media seitens der CDU als „Blockadehaltung der Opposition“ abgetan.

In der Poststraße in Weidenau sehen wir ein weiteres Sinnbild für die Fahrradpolitik der GroKo: Ein Fahrradweg für eine vergleichsweise ruhige und sichere Straße, ein Fahrradweg auf Kosten des Bürgersteigs. **Wenn wir so weitermachen, schaffen wir auch in 20 Jahren keine attraktive Alternative zum Auto.**

Anstatt in die Fahrradwegeinfrastruktur zu investieren, steckt man lieber Zeit und Geld in die - ohnehin utopische - Planung des Siegbertgtunnels, der bei Fertigstellung gar keine Rolle mehr spielen sollte, da motorisierter Individualverkehr in der heutigen Form keine Zukunft hat.

Anstatt in die Fahrradwegeinfrastruktur zu investieren, erneuert man lieber das Schleifmühlchen, ohne dass daraus ein messbarer Mehrwert entsteht. Einzig positiv ist, dass sich nach 3 Jahren Bauzeit und einer damit einhergehenden Zuspitzung dieses Nadelöhrs die Wiederherstellung des alten Nadelöhrs fast schon wieder ‚gut‘ anfühlen wird. Statt den Kreisverkehr in nahezu gleicher Form zu erneuern, schlagen wir eine Untertunnelung ab der Musikschule bis zum VEB vor, um den Verkehr wirklich zu entlasten und drei Jahren Baustelle und Umleitung durch den Lohgraben einen Sinn zu geben - quasi ein kleiner Siegbertgtunnel. Noch ist es nicht zu spät!

Das Auto steht weiter im Mittelpunkt aller verkehrspolitischen Überlegungen der GroKo. Fahrradfahren, wie in Kopenhagen? Wir meinen es ernst.

## **Wohnen**

Die GroKo wünscht sich in einem Änderungsantrag 1.000 Wohneinheiten in den kommenden fünf Jahren. Die Pandemie ist auf ihrem Höhepunkt, die Folgen sind kaum absehbar und die GroKo tut so, als ob nichts geschehen sei. Dabei gehen mit der Pandemie große Veränderungen einher: Die Arbeitswelt verlagert sich derzeit in großen Teilen aus den Firmenbüros in das Homeoffice. Das Einkaufsverhalten verändert sich und wird weitreichende städtebauliche Folgen haben, die analysiert und berücksichtigt werden müssen. Grundsätzlich ist mit einer Zunahme von Leerständen und somit Flächen zu rechnen, für die eine Nutzung gefunden werden muss. Der Trend zum Wohnen in der Stadt bzw. in unmittelbarer Stadtnähe wird ernstzunehmenden Prognosen zufolge nachlassen. Die umliegenden Dörfer können gegen die Abwanderung arbeiten und Einwohner hinzugewinnen. Die Angebotslage ist im Vergleich zum aufgeheizten Markt in der Stadt attraktiv. Die Bedeutung von Naherholungsgebieten wird in der Folge zunehmen. Das ist jetzt schon insbesondere im Naturraum Wellersberg feststellbar.

Im Bauausschuss nahmen wir dazu wie folgt Stellung: **“Wenn wir uns nicht analytisch bzw. wissenschaftlich mit einem der wichtigsten Themen befassen, fliegen wir im Blindflug, ohne Instrumente”** - hören wir doch einmal auf die Experten. Wir schlagen vor, dass der **Fokus auf das Bauen im Bestand** gelegt wird, da dort das größte und am schnellsten generierbare Potential liegt. Der aktuelle Wohnflächenbedarf steht nicht im Zusammenhang mit einem demographischen Wachstum sondern mit einem steigenden Qualitätsanspruch. In den vergangenen 20 Jahren ist die Bevölkerungszahl von Siegen um rund 6000 Einwohner

zurückgegangen. Derzeit bedient der Markt lediglich das obere Segment der Wohnansprüche, der höhere Bedarf liegt jedoch nachweislich im sozialen Wohnungsbau.

### **GroKo - eine Herausforderung für die Demokratie**

Eine GroKo ist immer eine Herausforderung für die Demokratie, demnach ist gute Oppositionsarbeit aktuell wichtiger denn je. Wir sehen es am Haushaltsänderungsantrag der GroKo. **Dieser Änderungsantrag erinnert an ein fröhliches „Wünsch Dir was“, man hat ja die Mehrheit.** Der Gang durch die Ausschüsse wird übersprungen, lange Feststehendes als Politik der GroKo verkauft und eine Debatte im Rat unterdrückt. Nur um im Anschluss resümieren zu können: „Die Fundamentalopposition verweigert die Zustimmung!“ (Facebook CDU-Fraktion, 16.12.2020) - ein sehr spezielles Verständnis von Demokratie haben Sie da!

Unter dem Deckmantel der Pandemie fallen Ausschusssitzungen aus, sollen Anträge zurückgestellt und das Rederecht unterbunden werden. Letzteres am 24.03.21 im Integrationsrat durch einen Dezernenten der Verwaltung und Mitglied der CDU in Personalunion geschehen, der offen der geltenden Geschäftsordnung widersprochen hat und somit unerwünschte Redebeiträge abwürgen wollte. Es sei die Frage erlaubt: Wie wird in der CDU eigentlich ‚Demokratie‘ definiert? Vielleicht erfreut es Sie, dass sich der andere Teil der GroKo die gleichen Vorwürfe gefallen lassen muss.

Sie, Herr Rujanski, haben noch vor zwei Jahren in der Haushaltsrede Folgendes formuliert: *„Alle Jahre wieder: Zum Haushalt präsentieren die GRÜNEN unter dem Label ‚Jamaika‘ einen Katalog von Anträgen zum Gesamthaushalt“* - nichts anderes machen Sie heute unter dem Label ‚GroKo‘. Aber es geht ja noch weiter: *„Eine interessante Methode, sein politisches Profil zu stärken und Anträge durchzusetzen, ohne sich dabei der Mühe der Bezirks- und Fachausschussberatungen zu unterziehen.“* - bei allem Verständnis dafür, dass das politische Profil der SPD dringend geschärft werden muss, kommt mir diese Art und Weise dann doch etwas doppelzünftig daher. Aber Sie, Herr Rujanski, haben an dieser Stelle noch keinen Punkt gesetzt: *„Diese Vorgehensweise ist nicht nur ärgerlich, sondern schadet auch - aus unserer Sicht - der demokratischen Kultur!“*

Und nun müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, Herr Rujanski: Was ist in den ergangenen zwei Jahren passiert, dass Sie nun hier stehen und genau das Gegenteil von dem machen, wofür sie noch vor zwei Jahren einstanden? Diese - gelinde gesagt - flexible Haltung zu grundsätzlichen Fragen hat die SPD an den Punkt gebracht, an dem sie jetzt ist. Ganz nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, regiert es sich ganz ungeniert! Wir erleben in Siegen derzeit die mut- und konzeptlose Kooperation zweier Wahlverlierer, die bei einer Wahlbeteiligung von unter 50 % nichts Besseres zu tun haben, als bei jeder sich bietenden Gelegenheit Kritik an ihrer vermeintlichen Unfehlbarkeit süffisant wegzuwischen. Im Rat der Stadt Siegen sitzen von der Linken bis zur AfD 33 Ratsmitglieder, die sicher nicht gewählt worden sind, weil die Politik von CDU und SPD in den letzten Jahren ausschließliche Zustimmung der Siegenerinnen und Siegener fand. Wir sitzen hier nicht, um jeden Groko-Spleen abzunicken und durchzuwinken. Wir sitzen hier, um auch anderen Positionen eine Stimme zu geben. Das mag für Sie lästig sein, für uns ist es zwingend notwendig.

Auch aus diesem Grund ist gute Oppositionsarbeit aktuell wichtiger denn je. Wir haben eine Vision für Europa. Wir haben eine Vision für Deutschland. Wir haben eine Vision für unsere Stadt, eine Vision für Siegen. **In Europa zu Hause, im Seijerland de'heim!**